

6. Sitzung des Gemeindeparlamentes

Donnerstag, 25. Mai 2023

Stadthaus, Ratsaal

Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 22.00 Uhr

Anwesend sind: 36 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Simon Bloch, 2. Heinz Eng, 3. Thomas Fürst, 4. Sandy Grieder, 5. Urs Knapp,
6. Simone Sager, 7. Deny Sonderegger, 8. Markus Wyss, 9. Nico Zila

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Eberhard Florian, 3. Anna-Lea Enzler, 4. Claudia Schmid,
5. Luisa Segessenmann

Junge SP Region Olten:

1. Timo Probst, 2. Cécile Send

Die Mitte:

1. Beat Felber, 2. Muriel Jeisy, 3. Thomas Kellerhals

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Beat Bachmann

Grünliberale Partei:

1. Christian Ginsig, 2. Manfred Schoger

Grüne Olten:

1. Gian Baumann, 2. Manuela Höfler, 3. Lukas Lütolf, 4. Martin Räber,
5. Yael Schindler Wildhaber

Schweizerische Volkspartei:

1. Robin Kiefer, 2. Ursula Rüegg, 3. Philippe Ruf, 4. Marc Winistörfer

Olten jetzt!:

1. Tobias Oetiker, 2. Laura Schöni, 3. Vivek Sharma, 4. Denise Spirig, 5. Seu-Jhing Tang

Stadtrat: Thomas Marbet, Stadtpräsident
Nils Loeffel, Direktion Bildung und Sport
Marion Rauber, Direktion Bau
Benvenuto Savoldelli, Dir. Finanzen und Dienste (ab 19.20 h)
Raphael Schär-Sommer, Direktion Soziales
Markus Dietler, Stadtschreiber

Entschuldigt abwesend: Daniela Minikus
Salome Kisker
Matthias Borner
Luc Nünlist

Unentschuldigt abwesend: -

Ferner anwesend: Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent
Kurt Schneider, Direktion Bau (bis 21.30 Uhr)
Verwaltungsrat sbo
Geschäftsleitung sbo
Vertreter BDO AG

Vorsitz: Laura Schöni

Protokollführerinnen: Andrea Baumann, Sachbearbeiterin Stadtkanzlei

Andrea von Känel Briner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Wahlbüro, zwei Mitglieder und ein Ersatzmitglied/Demissionen und Ersatzwahlen
3. sbo, Bericht und Rechnung 2022/Genehmigung
4. Hauswart/in Schulhaus Kleinholz 100% & Mitarbeiter/in Haus-/Platzwartung Sportanlagen Kleinholz 100%/Stellengenehmigungen
5. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - 5.1 Auftrag Gian Baumann & Lukas Lütolf (GO/JGO) betr. Badi-Eintritte für Oltnen Schüler/innen
 - * 5.2 Überparteilicher Auftrag Tobias Oetiker (OJ) und MU betr. Konzession für Fernwärmenetze an den Ausstoss von klimarelevantem CO₂ koppeln
 - * 5.3 Überparteilicher Auftrag Yael Schindler Wildhaber (GO) und Laura Schöni (OJ) und MU betr. Stellvertretungsregelung im Gemeindeparlament
 - * 5.4 Auftrag Anna-Lea Enzler (SP/JSP) und MU betr. Vorfrankierte Abstimmungs- und Wahlcouverts für Olten
 - * 5.5 Interpellation Thomas Fürst (FDP) und MU betr. Kapuzinerkloster Olten, aktueller Stand und städtischer Gestaltungsspielraum

* aus Zeitgründen verschoben

* * *

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Guten Abend miteinander. Geschätzte Parlamentarier/innen, liebe Stadträtin, werter Stadtpräsident, liebe Stadträte, werte Gäste. Speziell begrüßen darf ich den Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung der sbo, Vertreter der Presse und Zuhörer/innen und Zuschauer/innen daheim. Herzlich willkommen zur Mai-Sitzung des Gemeindeparlamentes der Stadt Olten. Wir haben Glück, es ist noch nicht ganz so heiss hier im Saal. Im Juni sieht das dann vielleicht etwas anders aus.

Mitteilungen

Parlamentspräsidentin Laura Schöni:

Jahresbericht der Stadt

Dieses ist eine etwas schmalere Version vom dicken Buch, das ihr demnächst zugestellt bekommt.

Netzwerktreffen „Frauen in der Politik“

Den Frauen hier im Raum möchte ich kurz etwas zum Flyer sagen, den ich verteilt habe. Es ist eine Einladung der Kantonsratspräsidentin vom Kanton Solothurn, Susanne Koch Hauser. Sie lädt ein zu einem Netzwerktreffen „Frauen in der Politik“ Ende August. Mit dem Special Guest Viola Amherd hat sie dies ins Leben gerufen. Alle Frauen aus allen politischen Ebenen aus der Grossregion Solothurn/Nordwestschweiz sind eingeladen. Via QR-Code könnt ihr euch dort anmelden. Es wäre schön, einige von euch dort zu sehen.

Beilagen/Beantwortungen

Via E-Mail habt ihr diverse kleine Anfragen und Beantwortungen erhalten.

Voten im Saal

Ihr werdet gebeten, deutlich ins Mikrofon zu sprechen. Es sei bei der Aufnahme nicht immer alles klar zu verstehen, was das Protokollieren der Sitzung erschwert.

Begrünung Kirchgasse

Nächste Woche am Donnerstag, 1. Juni um 17 Uhr findet der Eröffnungsapéro zur Begrünung der Kirchgasse statt. Noch bis morgen könnt ihr euch mit einem Mail an die Baudirektion dafür anmelden.

Einweihung Ländiweg

Videos vom Eröffnungswochenende mit Eindrücken von der Wassershow sind auf YouTube zu finden. Die Links dazu sind auf www.oltten.ch aufgeschaltet.

Vorstösse/Eingang

- Auftrag Anna-LeaENZler (SP) und Claudia Schmid (SP) betr. Mittagstisch und schulergänzende Betreuung für Kindergarten- und Schulkinder ausbauen
- Auftrag Marc Winistörfer (SVP) betr. Elektronisches Einreichen von Kleinen Anfragen vereinfachen
- Überparteilicher Auftrag Tobias Oetiker (OJ) und MU betr. Velofahrbahnmarkierung von Klosterplatz bis alte Brücke

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. Mai 2023

Prot.-Nr. 60

Wahlbüro, 2 Mitglieder und ein Ersatzmitglied/Demission und Ersatzwahl

Es sind zwei Demissionen als Mitglieder des Wahlbüros zu verzeichnen und eine noch offene Position als Ersatzmitglied für Simon Gomm, der als Mitglied gewählt wurde:

Wahlbüro, Mitglied/Demission

Mit E-Mail vom 21. März 2023 demissioniert Laura Lämmli (OJ) als Mitglied des Wahlbüros per 31. März 2023.

Wahlbüro, Mitglied/Demission

Antonia Gönner (OJ) scheidet aufgrund ihres Wegzugs von Olten als Mitglied des Wahlbüros per 31. März 2023 aus.

Wahlbüro, Mitglied/Ersatzwahl

Mit E-Mail vom 12. April 2023 schlägt die Fraktion OJ Petra Löffel-Bürgisser (OJ) als Ersatz für Laura Lämmli zur Wahl als Mitglied des Wahlbüros vor. Petra Löffel-Bürgisser ist ein langjähriges, bisheriges Ersatzmitglied.

Mit E-Mail vom 12. April 2023 schlägt die Fraktion OJ ausserdem Anouk Bitterli (OJ), Weingartenstrasse 19, Jahrgang 2001 als Ersatz für Antonia Gönner zur Wahl als Mitglied des Wahlbüros vor.

Wahlbüro, Ersatzmitglied/Ersatzwahl

Mit E-Mail vom 26. April 2023 schlägt die Fraktion SP/JSP Andreas Stülcken, Solothurnerstrasse 161, Jahrgang 1977 zur Wahl als Ersatzmitglied des Wahlbüros vor.

Als Ersatz für Petra Löffel-Bürgisser schlägt die Fraktion OJ Mark Niederer (OJ), Baslerstrasse 61, Jahrgang 1999 als neues Ersatzmitglied vor.

Beschlussesantrag:

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demissionen von Laura Lämmli (OJ) und Antonia Gönner (OJ) zu genehmigen.

Zur Ersatzwahl für die Mitgliedschaften stellen sich Petra Löffel-Bürgisser (OJ) und Anouk Bitterli (OJ). Für die Ersatzmitgliedschaften stellen sich Mark Niederer (OJ) und Andreas Stülcken (SP/JSP).

Beschluss

Einstimmig werden die Demissionen von Laura Lämmli und Antonia Gönner sowie die Wahl von Petra Löffel-Bürgisser und Anouk Bitterli für die Mitgliedschaft und Mark Niederer und Andreas Stülcken für die Ersatzmitgliedschaft genehmigt.

Mitteilung:
Kommissionsverzeichnis
Petra Löffel-Bürgisser, Olten
Anouk Bitterli, Olten
Mark Niederer, Olten
Andreas Stülcken, Olten
Präsidium Wahlbüro, Leander Knapp, Olten
Präsidium Olten jetzt!
Präsidium SP Olten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. Mai 2023

Prot.-Nr. 61

sbo, Bericht und Rechnungen 2022/Genehmigung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen, gestützt auf § 9 Abs. 2 der Statuten sbo, den Geschäftsbericht und die detaillierten Rechnungen der sbo für das Jahr 2022. Die Detailinformationen können der Beilage «Bericht und Rechnung sbo 2022» entnommen werden.

Inhalt

1. Einleitung
2. Erläuterungen zu den Sparten
3. Weitere Kommentare
4. Erfolgsrechnung
5. Bilanz
6. Geldflussrechnung
7. Investitionen in Sachanlagen
8. Kennzahlen
9. Bar- und Sachleistungen zugunsten EGO
10. Revisionsstelle
11. Beschlussesantrag

1. Einleitung

Wurden im Vorjahr der Absatz und das Unternehmensergebnis durch eine überdurchschnittlich kalte Witterung begünstigt, ist das Geschäftsjahr 2022 – und somit das Jahresergebnis – massiv geprägt durch einen starken Verbrauchsrückgang infolge milder Witterung und Sparanstrengungen sowie generell durch die Auswirkungen der Energiekrise.

Der Stadtrat ist vor diesem Hintergrund zufrieden, Ihnen für das Jahr 2022 dennoch einen erfolgreichen Geschäftsabschluss präsentieren zu dürfen.

Jahresgewinn vor Verzinsung	2.1 Mio. CHF	Vorjahr: 2.9 Mio. CHF
Jahresgewinn nach Verzinsung	0.8 Mio. CHF	Vorjahr: 1.4 Mio. CHF

Operativer Cashflow ¹	3.3 Mio. CHF	Vorjahr: 11.6 Mio. CHF
----------------------------------	--------------	------------------------

¹) Geldfluss aus Geschäftstätigkeit

Kontokorrentverbindlichkeit gegenüb. EGO	9.7 Mio. CHF	Vorjahr: 9.1 Mio. CHF
--	--------------	-----------------------

Nettoinvestitionen (inkl. Devestitionen)	4.9 Mio. CHF	Vorjahr: 8.8 Mio. CHF
Bruttoinvestitionen	6.7 Mio. CHF	Vorjahr: 9.6 Mio. CHF

2022 war das 21. Betriebsjahr der Aare Energie AG (a.en); im vierten Jahr mit den sbo als Alleineigentümerin und – nebst Dienstleistungsaufträgen für Dritte – ausschliesslich für die sbo tätig. Das gesamte Personal ist bei der a.en angestellt. Anlässlich der a.en GV wurde eine Dividende von 30 % beschlossen und im Mai 2022 ausbezahlt.

2. Erläuterungen zu den Sparten

Elektrizitätsversorgung

Die abgerechnete Energiedurchleitung (= Gesamter Stromverbrauch aller Kundinnen und Kunden) bewegte sich mit 137.8 Mio. kWh um 0.7 % unter der Vorjahreshöhe.

Der Aufwand für das Netzentgelt schlägt insgesamt leicht tiefer zu Buche; und zwar sowohl bei den Kosten für die Vorliegernetze, beim Netzzuschlag (Bundesabgabe zur Förderung erneuerbarer Energien) sowie auch bei der System-Dienstleistungen(SDL)-Abgabe an die Swissgrid. Eine allfällige Unter- oder Überdeckung aus dem Erlös beim Netzentgelt wird entsprechend den Vorgaben der EICOM berücksichtigt und in die Kalkulation der Folgejahre einfließen.

Der Energieverkauf an Endverbraucher nahm um 2.3 Mio. kWh oder 2.5 % ab. Trotz entsprechend tieferer Beschaffungsmenge führten die höheren Marktpreise zu höheren Beschaffungskosten. Diese Kosten wurden an die Endverbraucher – sowohl im Markt als auch in der Grundversorgung – weitergegeben.

Die Rücklieferungen aus vornehmlich Photovoltaikanlagen sowie wärmegesteuerten Anlagen (BHKW) nahmen um 20.0 % zu. Auf Vorjahresniveau fielen die Beschaffungskosten für die Herkunftsnachweise über den ökologischen Mehrwert für die einzelnen Stromprodukte aus. 82.5 % aller Kundinnen und Kunden wurden mit einem Strommix aus 100 % erneuerbaren Strom beliefert. Insgesamt sind in den verschiedenen Stromprodukten rund 2.96 Mio. kWh Solarstrom enthalten, was dem Verbrauch von gegen 1'000 Haushaltungen entspricht.

Gegenüber dem Vorjahr fiel der Betriebsaufwand höher aus. Der Betriebsertrag fällt unwesentlich über dem Vorjahreswert aus.

Gegenüber den Budgetvorgaben wurde einerseits ein höherer Ertrag erwirtschaftet. Andererseits fiel der Aufwand über Budget aus.

Erdgas- / Biogas- / Wärmeversorgung

Der Gasverkauf von 524.0 Mio. kWh bewegte sich mit einer Abnahme von 119.0 Mio. kWh oder 18.5 % deutlich unter dem Vorjahresniveau; auf dem tiefsten Wert seit fünfzehn Jahren. Dies war hauptsächlich in einer um 18 % tieferen Anzahl Heizgradtage begründet. Ebenfalls die Sparappelle des Bundes, Umschaltungen auf den Zweitbrennstoff Öl oder Produktionsunterbrüche wegen der hohen Preise führten zu Minderverbräuchen.

Noch im 2019 und 2020 konnten die sbo insgesamt sieben Preissenkungen vornehmen oder preisneutral den Anteil Biogas im Standardprodukt kontinuierlich erhöhen. Die «Preisrally» begann bereits im 2021, u.a. infolge eines hohen Nachfüllbedarfs westeuropäischer Speicher und eines hohen Gasanteils in der deutschen Stromproduktion. Nach Ausbruch des Ukrainekriegs und dem sukzessiven Rückgang der Gaslieferungen aus Russland stiegen die Preise bis im Herbst 2022 – sowohl im Spot- wie im Terminmarkt – in schwindelerregende Höhen. Gemäss Verordnung des Bundesrates mussten zudem 15% des Jahresverbrauchs physisch in Speichern eingekauft werden.

Die in der Studienphase 1 evaluierten Prioritätsgebiete für Wärmeverbünde wurden in einer zweiten Phase auf die konkreten technischen und wirtschaftlichen Aspekte hin untersucht.

Definierte Perimeter, mögliche Leitungsführungen und durch lokale Ingenieurbüros erstellte Kostenschätzungen ermöglichten die Berechnung von Businessmodellen.

Gegenüber dem Vorjahr stieg der Aufwand infolge höherer Beschaffungspreisen trotz tieferen Mengen. Die höheren Beschaffungspreise wurden an die Endkundinnen und -kunden mit Preis-erhöhungen weitergegeben, was zu einem höheren Ertrag als im Vorjahr führte.

Gegenüber den Budgetvorgaben wurde einerseits ein höherer Ertrag infolge gestiegener Preise und bei tieferer Menge erwirtschaftet. Andererseits stieg der Aufwand infolge höherer Beschaffungskosten.

Wasserversorgung

Der Wasserverkauf inkl. Gratisabgabe an die öffentlichen Brunnen fiel um 38'844 m³ oder 1.8 % über dem Wert des Vorjahres aus. In Olten fiel der Grundverbrauch um 0.9 % tiefer, der Mehrverbrauch um 7.9 % höher aus. In Trimbach wurde eine Absatzerhöhung von 2.9 % gegenüber dem Vorjahr verzeichnet; in den übrigen Aussengemeinden um 4.7 %. Gegenüber dem Vorjahr liegen somit insgesamt höhere Absatzmengen vor.

Gegenüber dem Vorjahr präsentiert sich ein höherer Aufwand und ein tieferer Ertrag.

Gegenüber den Budgetvorgaben wurde trotz tieferer Absatzmenge infolge höherer Dienstleistungserträge ein höherer Ertrag erzielt. Im Weiteren fiel der Aufwand infolge höheren Dienstleistungskosten für Unterhalt und Verwaltung und tieferen Abschreibungen auf Budgethöhe aus.

Finanzabteilung

Bei der Finanzabteilung fielen die Aufwände unter den Budgetvorgaben aus. Die Minderaufwendungen sind auf tiefere Dienstleistungsverrechnungen der a.en zurückzuführen. Wie in den Vorjahren wurden die Aufwände auf die entsprechenden Geschäftsbereiche umgelegt.

3. Weitere Kommentare

Kontokorrentguthaben gegenüber der Einwohnergemeinde (EGO)

Betrag dieses im Vorjahr 9.1 Mio. CHF, beläuft sich nun die Kontokorrentverbindlichkeit gegenüber der EGO auf 9.7 Mio. CHF. Diese Saldoentwicklung wurde zwischen den sbo und der Finanzverwaltung EGO abgesprochen

Risikomanagement

Die sbo verfügen über ein Risikomanagement, welches die Risiken der Geschäftsbereiche Elektrizität, Erdgas / Biogas / Wärme sowie Wasser periodisch beurteilt. Ausgehend von der jährlich durchgeführten Risikoidentifikation, werden die wesentlichen Risiken auf ihre Eintrittswahrscheinlichkeit und deren Auswirkung bewertet. Mit entsprechenden, vom Verwaltungsrat der sbo beschlossenen Massnahmen, werden diese Risiken vermieden, vermindert oder abgesichert. Die aktuelle Risikobeurteilung wurde durch den Verwaltungsrat der sbo am 08. Dezember 2022 verabschiedet.

Steuerpflicht

Bezogen auf das Geschäftsjahr wurde ein Steueraufwand von 0.5 Mio. CHF abgegrenzt (ca. je zur Hälfte für die Gemeinden und den Kanton). Bundessteuern werden keine erhoben.

Stille Reserven (Rückstellungen und Delkredere)

Der Ausweis der Netto-Auflösung von stillen Reserven im Anhang bzw. bei den Erläuterungen der Jahresrechnung muss erst aufgeführt werden, wenn dadurch eine Verbesserung des erwirtschafteten Ergebnisses von mehr als 10 % dargestellt wird.

Wie unter der Anmerkung erwähnt, sind auf den Sachanlagen keine stillen Reserven vorhanden. Seitens Revisionsgesellschaft wurden Rückstellungen für Marktrisiken und Delkredere in der Höhe von 1.1 Mio. CHF als stille Reserven deklariert. Das ausgewiesene Ergebnis wurde dadurch reduziert.

Vergütungen (Personalaufwand)

Die sbo haben kein eigenes Personal. Bei den im Geschäftsbericht ausgewiesenen Aufwendungen handelt es sich hauptsächlich um die Entschädigungen für den Verwaltungsrat. Seit 1.8.2021 betragen die Vergütungen für den Verwaltungsrat neu:

Präsident	24'800 CHF
Vizepräsident	18'800 CHF
Mitglied	16'800 CHF

Ausserhalb des Geschäftsberichtes der sbo werden folgende Vergütungen offengelegt:

Die Vergütung für den Verwaltungsrat a.en betrug im Berichtsjahr insgesamt 153'645 CHF. Seit 1.8.2021 betragen die Vergütungen neu:

Präsident	28'600 CHF
Vizepräsident	19'600CHF
Mitglied	17'600 CHF

Sämtliche Mitarbeitenden sind in der a.en angestellt, so auch die Geschäftsleitung (4 Personen), welche sowohl als Geschäftsleitung a.en wie sbo in Personalunion fungiert. Die Brutto-Lohnsumme betrug im Berichtsjahr 760'029 CHF (ohne den variablen Lohnanteil, welcher max. 10 – 20 % beträgt).

4. Erfolgsrechnung

[in Tsd. CHF] Details ohne Budget im Geschäftsbericht; Seite 18	Rechnung 2022	Budget 2022	Rechnung 2021
Betriebsertrag	105'180	96'287	78'964
Betriebsaufwand	-96'347	-86'943	-67'104
Betriebsergebnis vor Abschreibungen (EBITDA)	8'833	9'344	11'860
Abschreibungen	-6'329	-6'462	-6'261
Betriebsergebnis (EBIT)	2'504	2'882	5'599
Finanzergebnis	1'034	815	1'047
a.o. Ergebnis	-947	-1'000	-3'376
Steueraufwand	-516	-500	-394
Jahresgewinn vor Verzinsung Dotationskapital	2'075	2'197	2'876
Verzinsung Dotationskapital	-1'230	-980	-1'480
Jahresgewinn	845	1'217	1'396

Der höhere Betriebsertrag gegenüber dem Budget ergibt sich vor allem aus den höheren Preisen bzw. Umsätzen im GB Erdgas/Biogas/Wärme. Der zum Ertrag proportional gestiegene Betriebsaufwand ist ebenfalls auf den GB Erdgas/Biogas/Wärme zurückzuführen. Allerdings führen die tieferen Absatzmengen beim Gas, infolge des tieferen Verbrauchs der Industrie und der Massnahmen gegen die Energiekrise zu einem tieferen Bruttogewinn. Die ordentlichen Abschreibungen fallen leicht tiefer als budgetiert aus.

Schlussendlich resultiert ein um 0.4 Mio. CHF tieferes Betriebsergebnis gegenüber Budget. Infolge höherer Dividenden bei der AVAG-Beteiligung fiel das Finanzergebnis über Budget aus. Beim ausserordentlichen Ergebnis konnten Rückstellungen gebildet bzw. und aufgelöst werden.

Nach der Verzinsung des Dotationskapitals wird ein unter Budget liegender Jahresgewinn ausgewiesen. Gegenüber dem sehr guten Vorjahresergebnis liegt der Jahresgewinn tiefer.

Weitere Angaben sind im Finanzbericht auch bei den Erläuterungen zu Positionen der Jahresrechnung unter den entsprechenden Anmerkungen kommentiert.

5. Bilanz

[in Tsd. CHF] Details ohne Veränderung im Geschäftsbericht; Seite 19	Rechnung 2022	Veränderung	Rechnung 2021
Umlaufvermögen	46'083	9'397	36'686
Anlagevermögen	154'113	-2'409	156'522
Total Aktiven	200'196	6'988	193'208
Fremdkapital kurzfristig	30'395	5'902	24'243
Fremdkapital langfristig	34'209	-9	34'218
Eigenkapital	135'592	1'095	134'747
Total Passiven	200'196	6'988	193'208

Die Eigenkapitalquote reduziert sich von 69.7 % im Vorjahr auf 67.7 % im laufenden Jahr bei einer höheren Bilanzsumme. Die hauptsächlichen Veränderungen ergeben sich wie folgt: Beim Umlaufvermögen mit der Abnahme der flüssigen Mittel und der Zunahme bei den Forderungen und den Aktiven Rechnungsabgrenzungen. Beim Anlagevermögen aus der Netto-Abnahme der Sachanlagen und der Abnahme der Finanzanlagen, was die Rückzahlung des von der sbo gewährte Aktionärsdarlehen an die a.en für das neue Betriebsgebäude zurückzuführen ist. Das kurzfristige Fremdkapital nahm vor allem infolge der höheren Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zu und das langfristige Fremdkapital reduzierte sich auf Grund tieferer Rückstellungen. Schliesslich wird das Eigenkapital mit der statutarischen Reservezuweisung des Vorjahrgewinn ausgewiesen.

Weitere Angaben sind im Finanzbericht auch bei den Erläuterungen zu Positionen der Jahresrechnung unter den entsprechenden Anmerkungen kommentiert.

6. Geldflussrechnung

[in Tsd. CHF] Details ohne Veränderung im Geschäftsbericht; Seite 20	Rechnung 2022	Veränderung	Rechnung 2021
Geldfluss aus Geschäftstätigkeit	3'278	-8'284	11'562
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	-5'879	3'110	-8'989
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	-227	4'253	-4'480
Veränderung des Fonds Flüssige Mittel	-2'828	-921	-1'907
Bestand Flüssige Mittel zu Beginn Berichtsjahres	9'581	1907	11'488
Bestand Flüssige Mittel am Ende Berichtsjahres	6'753	-2828	9'581
Veränderung Flüssige Mittel	-2'828	-921	-1'907

Der Fonds Flüssige Mittel ist gegenüber dem Vorjahr tiefer. Die hauptsächlichen Veränderungen ergeben sich wie folgt:

Beim Geldfluss aus Geschäftstätigkeit begünstigen mit total 8.3 Mio. CHF vor allem die höhere Zunahme von Forderungen und aktiven Rechnungsabgrenzungen und die Abnahme der übrigen Verbindlichkeiten die Veränderung.

Der negative Geldfluss aus Investitionstätigkeit fällt infolge tiefer Investitionstätigkeit unter dem Vorjahr aus.

Beim Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit ergibt sich vor allem auf Grund der im Vorjahr erfolgten Rest-Auszahlung und der im Abschlussjahr planmässig erfolgten Rückzahlungszahlungstranche des Aktionärsdarlehens an die a.en eine positive Veränderung.

Weitere Angaben sind im Finanzbericht auch bei den Erläuterungen zu Positionen der Jahresrechnung unter den entsprechenden Anmerkungen kommentiert.

7. Veränderung Sachanlagen

[in Tsd. CHF]

Details ohne Budget siehe Geschäftsbericht;
Seite 25

**Rechnung
2022**

**Rechnung
2021**

Elektrizitätsversorgung (Energie / Netz / Dienstleistung)

Bruttoinvestitionen Elektrizität Netz	3'501	4'067
Bruttoinvestitionen öffentliche Beleuchtung (öB)	639	621
Bruttoinvestitionen in Photovoltaik	22	110
Bruttoinvestitionen übrige Dienstleistungen	638	631
Bruttoinvestitionen	4'800	5'429
abzüglich Beiträge / Erlöse Allgemein	-533	-102
abzüglich Beiträge / Erlöse von EGO für öB	0	0
abzüglich Devestition (Verschrottung)	-66	-79
Nettoinvestitionen	4'201	5'248

Erdgas- / Biogas- / Wärmeversorgung

Bruttoinvestitionen in Betriebsanlagen	1'110	1'735
abzüglich Beiträge / Erlöse	-18	-125
abzüglich Devestition (Verschrottung)	-45	-3
Nettoinvestitionen	1'047	1'607

Wasserversorgung

Bruttoinvestitionen in Betriebsanlagen/Grundstücke	832	2'455
Bruttoinvestitionen Mobilien, Projekte	0	0
Bruttoinvestitionen	832	2'455
abzüglich Beiträge / Erlöse	-313	-403
abzüglich Devestition (Verschrottung)	-848	-112
Nettoinvestitionen	-329	1'940

Total Bruttoinvestitionen

6'742

9'619

Total Nettoinvestitionen

4'919

8'795

Die Nettoinvestitionen betragen 4.9 Mio. CHF. Bei der Elektrizität wurde nebst dem Ausbau der öffentlichen LED-Beleuchtungen vor allem in Trafostationen, Mittelspannungs- und Niederspannungsleitungen investiert.

Im Bereich Gas-/Wärmeversorgung wurden vor allem Erneuerungsinvestitionen vorgenommen, indem einerseits Grauguss- und Duktigussleitungen ersetzt wurden.

Das Wasserleitungsnetz wurde auf einer Länge von 0.5 km saniert. Diese vergleichsweise tiefe Sanierungsquote ist einerseits in Olten dem „verspäteten“ Budget und der dominierenden Grossbaustelle rund um den Bahnhof geschuldet sowie andererseits in Trimbach einem nicht bewilligten Strassenprojekt.

Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 170.6 % bzw. 66.6 % und die Schuldenabnahme 3.5 Mio. CHF bzw. -zunahme 1.6 Mio. CHF je nach Cashflow Betrachtung.

8. Kennzahlen

[in Tsd. CHF]	2022	2021	2020	2019	2018
Geldfluss Geschäftstätigkeit	3'278	11'562	19'281	9'364	5'882
Nettoinvestitionen	4'920	8'795	9'251	9'576	6'512
Schuldenveränderung	-1'642	2'767	10'030	-212	-630
Selbstfinanzierungsgrad	67 %	131 %	208 %	98 %	90 %
Eigenkapitalquote	68 %	70 %	74 %	56 %	55 %
Kontokorrent Schuld bei EGO	9'666	9'094	9'460	4'034	5'061

9. Bar- und Sachleistungen zugunsten EGO

[in Tsd. CHF]	2022	2021	2020	2019
Verwaltungskostenbeitrag	360	360	360	360
Verzinsung Dotationskapital	1'230	1'480	1'480	1'480
Konzessionsgebühren Strom/Gas/Wasser	1'691	1'555	1'518	1'600
Investitionen öffentliche Brunnen	71	0	0	0
Unterhalt öffentliche Brunnen, Hydranten	179	102	132	167
Wasser öffentliche Brunnen	145	179	192	156
Montage/Demontage Weihnachtsbeleuchtung	75	130	88	108
Stühle Stadt Olten	0	0	0	12
Total	3'751	3'806	3'770	3'883

Die sbo sind seit 2021 steuerpflichtig. Für das Jahr 2021 wurde von der Einwohnergemeinde Olten eine provisorische Steuerrechnung über TCHF 192 gestellt. Für das Jahr 2022 ist vom abgegrenzten Wert mit einer Steuerrechnung von etwa TCHF 140 zu rechnen.

Im 2022 bezahlte die a.en 57 Tsd. CHF an Gemeindesteuern zuhanden der Einwohnergemeinde Olten.

10. Revisionsstelle

Das Gemeindeparlament wählte für das Geschäftsjahr 2022 neu die BDO AG, Olten, welche als Revisionsstelle über ausgeprägte und breit abgestützte Energiekompetenz verfügt.

Beschlussesantrag:

1. Es wird folgender Rechnungsabschluss 2022 der sbo zur Kenntnis genommen:

a)	Jahresgewinn 2022	vor Verzinsung	CHF	2'075'072.71
b)	Verzinsung Dotationskapital		CHF	-1'230'000.00
c)	Jahresgewinn 2022	nach Verzinsung	CHF	845'072.71
	bestehend aus:			
	-Elektrizitätsversorgung Energie/Netz	Verlust	CHF	-696'499.88
	-Erdgas-/Biogas-/Wärmeversorgung	Überschuss	CHF	2'217'385.23
	-Wasserversorgung	Verlust	CHF	-675'812.64
	-Finanzabteilung	verteilt auf die Geschäftsbereiche		
	mit Zuweisung dieser Beträge an statutarische Gewinnreserven			
d)	Investitionsrechnung	Nettoinvestitionen	CHF	4'852'705.32
e)	Bilanz	Bilanzsumme	CHF	200'195'725.09

2. Der Bericht der Revisionsstelle sbo vom 05.04.2023 wird zur Kenntnis genommen.
3. Der sbo-Geschäftsbericht 2022 bestehend aus Vorwort, Lagebericht, Tätigkeitsbericht, Corporate Governance und Finanzbericht wird genehmigt.
4. Dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung der sbo wird die Entlastung erteilt.
5. Als Revisionsstelle der sbo wird für das Jahr 2023 die BDO AG, Olten, gewählt.

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Finanzkommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Heinz Eng, Finanzkommission: Die FIKO hat am 15. Mai eine Delegation der sbo zur Besprechung des Berichts und Antrags, der euch hier vorliegt, empfangen. Anwesend waren - einige davon sind heute hier als Gäste bei uns - der Verwaltungsratspräsident, Daniel Probst, Vizepräsident Ari Roberti, Beat Erne, Vorsitzender der Geschäftsleitung und Finanzchef Rolf Hess. In einer Doppelfunktion natürlich ebenfalls der Stadtrat Benvenuto Savoldelli. Begrüsst haben wir auch – sie sind ebenfalls unter den Gästen – Herr Bolliger und Herr Theus von der Revisionsgesellschaft BDO. Die BDO kam als Revisionsgesellschaft bei der sbo zum ersten Mal zum Einsatz. Um es vorwegzunehmen: Die Jahresrechnung war zwar ein Hauptbestandteil dieser Besprechung, aber das Umfeld und die weltweiten Ereignisse, welche die sbo direkt und indirekt betreffen, haben den Mitglieder der FIKO ebenso, wenn nicht sogar mehr, interessiert. So hat sich die FIKO fast mehr mit der Zukunft der sbo beschäftigt, als mit dem abgeschlossenen Geschäftsjahr. Die sbo befindet sich auch aufgrund diverser politischer Vorstösse in einem Transformationsprozess. Das seht ihr beispielsweise auch bei der Gasperspektive auf Seite 10 des Berichts und Antrags bzw. Rechnung, sowie ein Kurzausschnitt zur Wärmeperspektive auf Seite 17. Diese Geschäfte zeigen deutlich, wie der Wandel langsam aber deutlich stattfindet. Die Perspektiven zu Gas, Strom sowie Trinkwasserqualität und die Lösungsansätze zur diesen herausfordernden Problemen waren auch der Hauptbestandteile der Fragerunde. Und die von der FIKO gestellten Fragen wurden von den Anwesenden der sbo sachlich und offen erläutert. An dieser Stelle besten Dank. Nun aber zu den Zahlen des Geschäftsjahres. Das Jahresergebnis weist einen Betriebsertrag von rund CHF 105.2 Mio. aus. Das sind rund CHF 26.2 Mio mehr als im Vorjahr 2021. Erlöstreiber waren jedoch nicht die höheren Mengen an verkaufter Energie, sondern die höheren Preise. Das seht ihr auch

anhand des Betriebsaufwandes. Auch der Betriebsaufwand, welcher im letzten Jahr noch CHF 67.1 Mio. betrug, belief sich im Jahr 2022 auf CHF 96.3 Mio. Also CHF 29.2 Mio. mehr. Verrechnet mit Mehrerträgen von CHF 26.2 Mio. mit den Mehrkosten von CHF 29.2 Mio. erklärt sich die Differenz vom Betriebsergebnis (EBITDA) vom Jahr 2021 mit CHF 11.8 Mio. zum Betriebsergebnis 2022, das CHF 8.8 Mio. betrug. Ein Blick auf die Spartenrechnung, auf Seite 5 zu finden, zeigt, dass lediglich der Bereich «Gas und Wärme» für den Erfolg ausschlaggebend war. Während die Bereiche «Elektrizität» und «Wasser» Verluste ausweisen, beträgt der Jahresgewinn aus dem Bereich «Gas und Wärme» vor Verzinsung rund CHF 3 Mio. In der Erfolgsrechnung gab es Fragen zum ausserordentlichen Aufwand. Dieser betrug im Vorjahr rund CHF 3.3 Mio., nun sind es noch CHF 47'000. Der ausserordentliche Aufwand im Jahr 2021 wurde mit Rückstellungen für Marktrisiken begründet. In der Rechnung 2022 sind praktisch alle diese Rückstellungen für Marktrisiken getätigt worden. Obwohl, und das ist auch die Meinung der Mitglieder der FIKO, jetzt aufgrund des Umfeldes die Risiken noch einmal gestiegen sind. Die Revisionsstelle konnte uns aber bestätigen, dass die Risikoberechnung branchenüblich ist und korrekt vorgenommen wurde. Der Jahresgewinn vor Verzinsung beträgt rund CHF 2.1 Mio. Die Stadt Olten erhält davon rund CHF 1.23 Mio. Diese Ausschüttung ist zwar tiefer als im Vorjahr, liegt aber immer noch in der statutarisch festgelegten Verzinsung von CHF 980'000. Bei der Betrachtung der Bilanz auf Seite 21 stehen insbesondere die hohe Differenz bei den «Übrigen Forderungen» ins Auge. Diese Zunahme von CHF 8.8 Mio. ist auf Vorauszahlungen aus den Gaslieferungen zurückzuführen. Durch die hohen Vorauszahlungen für Gas und Elektrizität und dem Eingang von Zahlungen aus verkauften Leistungen, welche teilweise bis zu einem halben Jahr später erfolgen, ist noch einmal ein hoher Druck auf die Liquidität entstanden. Das zeigt sich besonders gut, wenn man die Geldflussrechnung auf Seite 22 des Berichtes anschaut. Dort wird der operative Cashflow im 2021 noch mit rund CHF 11.6 Mio. ausgewiesen, so beläuft er sich im Jahr 2022 noch auf lediglich CHF 3.3 Mio. Mit dem operativen Cashflow von CHF 3.3 Mio. konnten die Investitionen von CHF 5.9 Mio. lediglich zu etwas mehr als der Hälfte selber bezahlt werden. Nichtsdestotrotz zeigt aber die Bilanz eine solide Vermögenssituation der sbo. Bei einer Bilanzsumme von CHF 200.2 Mio. beträgt das Eigenkapital rund CHF 135.6 Mio. Mit einer Eigenkapitalquote von rund 68% ist das Unternehmen sehr gut aufgestellt. Aufgrund des künftig hohen Investitionsbedarfs der sbo kann der Stadtrat jedoch nicht mit zusätzlichen Ausschüttungen rechnen, die über der statutarisch festgelegten Verzinsung liegen. Der Stadtrat muss dies in seiner weiteren Planung entsprechend berücksichtigen. Die Finanzkommission bedankt sich beim Verwaltungsrat und der Belegschaft der sbo für die geleistete Arbeit und empfiehlt, die 5 Antragspunkte einstimmig zur Genehmigung.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Ich möchte zuerst Heinz Eng von der FIKO für die sehr ausführliche und auch präzise Berichterstattung zur Jahresrechnung der Städtischen Betriebe danken. Ich bin froh, dass du die Revisionsstelle erwähnt hast, die hier auch vertreten ist und als Organ einen wesentlichen Anteil hat, auch beim Beschluss des Gemeindeparlamentes. Ihr seid ja eine Generalversammlung. Auch anwesend ist Rolf Hess von der Finanzabteilung der sbo. Nicht anwesend ist Benvenuto Savoldelli. Daher springe ich ad hoc ein. Ich könnte jetzt ganz langsam sprechen, damit er in ein paar Minuten das Geschäft doch noch übernimmt. Das mache ich natürlich nicht, sondern es geht sofort ans Eingemachte. Wobei ich nicht alles wiederhole, denn du, Heinz, hast die wesentlichen Kennziffern erwähnt. Vielleicht ein Blick zurück. Erlaubt mir, ein paar Ausführungen zu machen. Es ist natürlich so, dass mit diesem Angriffskrieg seit gut einem Jahr all diese Märkte etwas durcheinandergeraten sind. Insbesondere auf der Beschaffungsseite. Ihr habt es bei euren Rechnungen, im Portemonnaie, selber gespürt. Die Preise sind raufgeschnellt. Und das ist etwas, das die sbo/a.en als Betriebsgesellschaft natürlich stark beschäftigt hat, auch die Reklamationen, die damit verbunden sind. Das war für sie eine sehr herausfordernde Zeit. Dafür möchte ich, auch stellvertretend, Daniel Probst und Beat Erne, für die ganzen Leistungen herzlichst danken. Auch von der Einwohnerschaft. Es ist nicht nur Olten. Es ist ein Versorgungsgebiet in der Region. Der Dank für die Leistung, die zuverlässige Versorgung, die Sicherheit, möchte ich herzlich aussprechen und bitte euch auch, den Dank im Betrieb, den Mitarbeitenden, weiterzugeben. Nach dem Krieg, er ist immer noch da, kam dann der Hitzesommer. Den haben wir glücklicherweise überstanden. Aber natürlich auch mit einigen Einschränkungen. Ihr kennt

alle die Geschichte oder die Auswirkungen, die es hatte. Auch auf die Gesundheit, auf die Mortalität. Das ist unschön. Und, was die sbo im letzten Jahr auch noch meistern musste, war nämlich die Fertigstellung des Betriebsgebäudes. Wir konnten es vergangenen Dienstag im Rahmen eines Meetings der Wirtschaftsförderung Region Olten besuchen und schauen, wie dieser Betrieb aufgestellt ist. Es war sehr interessant. Der eine oder die andere unter euch war bestimmt auch schon vor Ort. Ein erfolgreiches Jahr, trotz grossen Herausforderungen. Und trotzdem wurden auch neue Projekte angestossen. Ich möchte noch erwähnen, dass das Smart Meter Rollout stattgefunden hat. Etwas, das ihr wahrscheinlich zuhause bereits gesehen habt. Es ist eine Frage der Zeit, bis wir zuhause mit diesen Auslesemaschinen ausgestattet werden, welche diese Fernauslesen ermöglichen. Und so eigentlich eine gute und rationelle Abfrage sicherstellen. Weitere Projekte, die zusammen mit der Stadt angegangen wurden, möchte ich erwähnen. Das letzte konntet ihr gerade heute vernehmen. Die Beleuchtung. Der Ersatz dieser Kupferdampflampen auf LED, die Strom sparen, aber auch den Unterhalt günstiger machen. Dies sind natürlich Auswirkungen in der Zukunft und nicht massgebend fürs Geschäftsjahr. Aber man musste es letztes Jahr vorbereiten. Anträge machen und auch ermitteln, wie viele Investitionen in welchen Strassenzügen zur Geltung kommen. Heinz Eng hat es erwähnt: Die Spartenrechnung ist im Bericht und Antrag. Man sieht es auch im Geschäftsbericht. Eigentlich negativ, wenn man so will, in den Sparten «Elektrizität» und «Wasser». In den Sparten «Gas und Wärme», wie man lesen konnte, positiv. Das mag dem einen oder anderen gefallen oder nicht, aber es ist natürlich auch wichtig, dass diese Mittel vorhanden sind, um den Umbau auch im Hinblick auf den Absenkpfad und den Ersatz der Fossilen durch nachhaltige Formen zu ermöglichen. Die Stadt profitiert wiederum durch Leistungen. Einerseits durch die Verzinsung des Dotationskapitals, andererseits auch durch Gratisleistungen. Die Letzte haben wir gestern gesehen, nämlich, als die a.en die Hebebühne fürs Montieren der neuen Beschattung, der Scherenschnitte, auf der Kirchgasse zur Verfügung gestellt hat. Auch dafür ein herzliches Dankeschön. Ich verzichte nun auf weitere Ausführungen. Ihr habt gesehen, die Bilanz ist stark, die Eigenfinanzierung ist solid. Trotzdem hat der operative Cashflow nicht gereicht, um den eigentlichen Bedarf vom Geldfluss zu decken. Das hat man dann mit dem Abbau von Vermögen, wenn man so will, kompensiert. Also von liquiden Mitteln. Trotzdem hat die Stadt immer noch eine Forderung gegenüber der sbo. Es ist so, dass man nicht jede Rechnung miteinander austauscht, sondern man eine Art Ausgleichskonto hat, welches auch verzinst wird, sodass der Finanzfluss von beiden Seiten in beide Richtungen eigentlich sichergestellt ist. Dies als Einleitung, oder schon bald als Abschluss. Mein Kollege wird vielleicht in ein paar Minuten noch etwas dazu sagen wollen.

Marc Winistörfer, Fraktion SVP: Das Wichtigste vorweg: Die SVP-Fraktion wird diesem Geschäftsbericht zustimmen und den Rechnungsabschluss 2022 wohlwollend zur Kenntnis nehmen. Wir danken der sbo für diese ausführlichen Erklärungen im Geschäftsbericht und dem Vizepräsidenten Aristide Roberti für die Informationen in der Fraktionssitzung. Dass transparent informiert wird, kam in der Fraktion sehr positiv an. Wir nehmen den ausgewiesenen Gewinn und die präsentierten Kennzahlen wohlwollend zur Kenntnis. Die sbo ist aktuell solide aufgestellt, obwohl der Gewinn im Vergleich zum Vorjahr doch erheblich zurückgegangen ist. Unser Stadtwerk ist grundsätzlich gewappnet für die grossen Herausforderungen, die sich im kommenden Jahr stellen werden. Die Stichworte sind: Der schrittweise Ausstieg aus dem Gasmarkt/Gasgeschäft. Die Erneuerung der Leitungsinfrastruktur. Geplante Wärmeverbunde. Weitere Herausforderungen wurden auch im Geschäftsbericht genannt. Und das Geschäftsfeld der sbo ist unbestritten schwierig. Das sehen wir auch ein. Im Geschäftsbericht wurde dies auch verschiedentlich erwähnt. Genannt wird der Russland-Ukraine-Konflikt mit den steigenden Gaspreisen. Thomas Marbet hat dies bereits erwähnt. Ein Strommarkt, der volatil ist und wahrscheinlich auch in nächster Zeit volatil bleiben wird. Und die dauernd ändernden und nicht einfachen politischen Rahmenbedingungen, vor allem auf nationaler Ebene. Die Rahmenbedingungen sind aber auch von uns hier im Saal abhängig. Von uns als Gemeinderat, vorher wurden wir - glaube ich - als Generalversammlung bezeichnet. Das ist nicht ganz falsch. Als Gemeinderat und als Gemeindeparlament sollten wir uns vorsichtig verhalten, wenn wir der sbo immer neue Vorgaben machen und immer höhere Anforderungen an Nachhaltigkeit, Klimaziele etc. stellen. Irgendeinmal kann die sbo diese Vorgaben nicht mehr erfüllen. Zumindest nicht, wenn man das Hauptziel, nämlich die sichere

Versorgung der Oltnerinnen und Oltner mit Strom, Wasser und Gas, nicht gefährden will. Wir haben der Bevölkerung gegenüber eine entsprechend grosse Verantwortung, die wir auch wahrnehmen sollten. Wir dürfen nicht riskieren, dass die Versorgungssicherheit gefährdet wird. Wir sollten auch an die finanzpolitischen Folgen denken, wenn wir wieder zusätzliche Hürden für ein florierendes und prosperierendes Unternehmen wie die sbo aufstellen. Und wie wir den nächsten Auftrag, und der kommt schon bald, welcher auch das Geschäftsfeld der sbo betrifft, behandeln. Auch wir haben eine entsprechende Verantwortung gegenüber der Bevölkerung. Nicht nur unser Stadtwerk, sondern auch wir als Politikerinnen und Politiker hier im Saal. Entsprechend sollten wir auf überbordende Vorschriften verzichten. Es wurde bereits letztes Jahr gut aufgezeigt, und wird, wie ich finde, auch in diesem Geschäftsbericht 2022 wieder sehr, sehr anschaulich und verständlich dargelegt: Nachhaltigkeitsziele, die wir hier der sbo gegenüber immer wieder fordern und eigentlich zurecht auch fordern, werden eigentlich bereits jetzt weitgehend erfüllt und sie kommt diesen Zielen meiner Meinung nach wirklich bereits gut nach. Ein anschauliches Beispiel für jene, die vielleicht immer etwas kritisch gegenüber der sbo eingestellt sind: Auf Seite 10 im Geschäftsbericht sind die sogenannten Gasperspektiven mit den Prognosen für das Gasgeschäft und wie sie dort mit dieser Challenge umgehen wird. Bei uns in der Fraktion kam das wirklich sehr gut an, dass das so step-by-step aufgezeigt und auch anschaulich gemacht wird. Abschliessend noch ein nicht ganz unbedeutender Kritikpunkt nach dem ganzen Lob von unserer Fraktion. Kritisch ist zu erwähnen - und das finden wir wirklich nicht gut - dass der Strom im nationalen Vergleich aus unserer Sicht wirklich sehr teuer ist. Wenn man die offiziellen Zahlen von der Website der ECom (Regulierungsbehörde) als Vergleichsmassstab nimmt, bezahlen die Oltnerinnen und Oltner für den Strom deutlich mehr als der Schweizer Durchschnitt. Nichtsdestotrotz, wie einleitend erwähnt, werden wir diesem Geschäftsbericht zustimmen und den Rechnungsabschluss 2022 zur Kenntnis nehmen.

Martin Räber, Fraktion GO/JGO: Auch wir haben mehrheitlich positive Aspekte, die wir gegenüber der sbo betonen möchten. Es freut uns nämlich, dass die sbo einen Weg einschlagen will, der hauptsächlich erneuerbar und nachhaltig ist, in Bezug auf die Wärmeversorgung. Es freut uns auch, dass es eine Strategie für Photovoltaikanlagen gibt. Wir freuen uns auch darüber, dass es die sbo eben nicht macht, weil wir Oltner, bzw. das Parlament, dies wollen, sondern weil es ihr ureigenes Interesse ist, sich für die Zukunft fit zu machen und damit wettbewerbsfähig zu bleiben. Das ist ein schönes Bekenntnis zum Fakt, dass nachhaltige Energie und Wärme eben nicht nur marktfähig sind, sondern Wettbewerbsvorteile bieten. Trotzdem halten viele noch an den alten Denkmustern fest und lösen sich in ihren Köpfen nur langsam von den fossilen Energieträgern. Das ist eigentlich erstaunlich, weil fossile Energieträger vor allem auch eine grosse Abhängigkeit von durchaus zwielichtigen Lieferanten bedeutet. Weiter finden wir die Aussage, die wir von der sbo vernommen haben, positiv, dass die Struktur mit diesen zwei Gesellschaften nun definitiv überdenkt werden soll. Da erwarten wir eigentlich eine Änderung in absehbarer Zeit. Auch aus dem Grund, weil eigentlich keine, oder nicht volle, Transparenz herrscht. Wir bekommen ja die Zahlen der a.en nicht. Die sehen wir nicht. Das ist unschön, da die beiden Gesellschaften ja eng miteinander verwoben sind und wir eben nur die Rechnung der sbo sehen und jene der a.en nicht. Und wir würden hier erwarten, dass sich das in den nächsten Jahren oder ab dem nächsten Jahr ändert. Es könnte durch eine Fusion sein, dass es nur eine Gesellschaft gibt oder aber auch eine konsolidierte Rechnung, die eben auch die Rechnung der a.en einschliesst. Wir haben auch wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass es eine Absicht gibt, dass die sbo/a.en in Zukunft Nachhaltigkeitsaspekte oder einen eigentlichen Nachhaltigkeitsbericht in einer kleineren Form in die Berichterstattung einfließen lassen will. Was bedeutet das? Es heisst, dass man in einer solchen Nachhaltigkeitsberichterstattung eigentlich einerseits eine Auslegeordnung macht. Was ist überhaupt wichtig? Was ist materiell, sprich von Bedeutung, nämlich für das Unternehmen, für seine Stakeholder und auch für die Umwelt. Daraus leitet man eine Strategie ab und definiert Massnahmen, die nachvollziehbar kommuniziert werden sollen. Auch mit einer jährlichen Zielerreichung. Es freut uns, dass wir dies in einem der nächsten Berichte lesen können. Zum Schluss auch noch von unserer Seite ein bisschen ein negativer Punkt nach all diesen eigentlich erfreulichen, positiven Nachrichten von der sbo. Etwas, das ein bisschen eine wichtige strategische Herausforderung ist, worauf wir hinweisen wollen. Nämlich, dass

die Bedeutung des Gases in Zukunft deutlich überschätzt wird. Das Gas kann im Jahr 2050 keine relevante Rolle mehr spielen, wie das die sbo nach wie vor plus/minus vorsieht. Es ist eine Illusion, dass erneuerbares Gas in grossen Mengen und auch noch kostengünstig beschafft werden kann. Die sbo muss entsprechend eine Strategie entwickeln, bei der Gas eine deutlich geringfügigere oder gar keine Rolle mehr spielt. Wir verstehen natürlich, dass es betriebswirtschaftlich verlockend ist, diese Gasgewinne, die man heute noch hat oder immer gehabt hat, in die Zukunft zu transferieren. Aber es wird nicht möglich sein. Hier erwarten wir einen geschärften Sinn für die Realität, welche eine CO₂-Neutralität bis spätestens 2050 mit sich bringt. Die Grünen danken der sbo für den Bericht und sprechen sich für die Genehmigung der Rechnung aus und für eine Entlastung des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung. Dies mit der klaren Botschaft, dass wir eigentlich ab nächstem Jahr eine volle Transparenz über die Rechnung von beiden Gesellschaften erwarten.

Cécile Send, Fraktion SP/JSP: Die Fraktion SP/JSP bedankt sich sehr für die Rechnung und den Geschäftsbericht. Daraus ist zu entnehmen, was die sbo getätigt hat, in was und wie stark sie investiert hat, was ihre Ziele sind usw. Eine solche Transparenzbeschaffung begrüsst die Fraktion sehr. Vielleicht schon vorweg: Unsere Fraktion wird den Bericht zur Revisionsstelle zur Kenntnis nehmen und den Geschäftsbericht 2022 genehmigen. Bei uns sind trotzdem einige Fragen bzw. Kritiken aufgekommen. Erstens wurde auf der Seite 10 des Geschäftsberichts betreffend Gasperspektive festgehalten, dass Transport und Verteilnetz weiterhin rentabel geführt werden sollen und die Verteilnetze bis 2050 CO₂-neutral ausgestaltet sein sollen. Erneuerbares Gas soll zudem beispielsweise über Zertifikate beschaffen bzw. gesichert werden. Hier möchte ich gerne die erst kürzlich beschlossene Statutenrevision in Erinnerung rufen. Konkret der § 2, wo die Nachhaltigkeit ausdrücklich verankert ist. Unsere Fraktion hofft sehr, dass nicht nur die ökonomische Nachhaltigkeit einen Schwerpunkt erhält, sondern auch die ökologische Nachhaltigkeit aktiv und seriös angegangen wird. Insbesondere auch im Hinblick auf das Netto-Null-Ziel 2030 der Stadt Olten. Dazu passend: Die Rechnung zeigt im Jahr im 2022 Vergleich zum Vorjahr auch eine sehr geringe Investition in Solarenergie. Hier gäbe es auch ein bisschen Verbesserungspotential. Weiter hofft die Fraktion, dass die erwähnte Bevölkerungsbefragung der GFS Bern kein Leitbild für die zukünftige Tätigkeit der sbo ist. Dabei wurde eruiert, dass die Energieversorgung der Bevölkerung Vorrang hat gegenüber Kosten und Umweltschutz. Und in einer Energiekrise ist anzunehmen, dass eine Mehrheit der Bevölkerung solche Wünsche formuliert und auch kurzfristig auf ihre eigenen Bedürfnisse schaut. Es ist allerdings die Aufgabe und Verantwortung eines marktbeherrschenden Unternehmens eine nachhaltige Investition zu tätigen und diese auch in die Zukunftsplanung miteinzubeziehen. Weiter ist der Fraktion die Kostenüberwälzung an die Endverbraucher/innen betreffend Gaskosten ins Auge gestochen. Die Preise mussten wegen des Energiemangels und der schwierigen Beschaffung erhöht werden. Da jedoch wegen des milden Winters weniger beschafft werden musste und die Bevölkerung selber gespart hat, wurde dennoch ein positiver Ertrag erzielt. Es ist uns ein Dorn im Auge, dass die Endverbraucher/innen die Folgen der Mangellage durch höhere Preise tragen mussten bzw. immer noch müssen. Eine entsprechende Rückgabe, wie es im Geschäftsbericht auf Seite 8 erwähnt wird, ist sehr wünschenswert. Die Planung eines Wärmeverbundes der Stadt Olten ist ein unterstützenswertes Projekt. Dabei ist aber festzuhalten, dass dies unserer Meinung nach viel zu spät kommt. Das hätte beispielsweise im Jahr 2010 angegangen werden können, als in Olten zahlreiche Strassen für die Verlegung neuer Leitungen aufgerissen wurden. Eine solche verpasste Chance ist bedauernswert und auch ärgerlich. Ein paar Hausbesitzer/innen verfügen bereits selber über eine Wärmepumpe im eigenen Garten und für eine sinnvolle Erschliessung muss dies auch berücksichtigt werden. Und was passiert mit der Altstadt? Diese ist im Plan des Geschäftsberichtes nicht wirklich aufgeführt, obwohl einige Anschlüsse prüfenswert sind. Schliesslich lassen sich auch Unsicherheiten betreffend Wasserqualität nicht ganz wegdenken. Gemäss dem Geschäftsbericht sind immer noch Chlorothalonil-Metaboliten im Oltner Trinkwasser vorhanden. Zwar sind diese vorläufig noch im zulässigen Rahmen. Aktuell ist jedoch eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht hängig, bei dem es darum geht, die zulässige Grenze solcher Stoffe herabzusenken. Sollte das passieren, ist das Trinkwasser für die Oltner Bevölkerung schädlich. Wie gesagt, dankt die Fraktion SP/JSP für die

Rechnung und den Geschäftsbericht und nimmt den Bericht der Revisionsstelle zur Kenntnis und genehmigt auch den Geschäftsbericht 2022.

Muriel Jeisy-Strub, Fraktion Mitte/EVP/glp: Zuerst möchten wir euch, liebe Anwesende der sbo, für den informativen Geschäftsbericht und diesen - unter Berücksichtigung des bereits erwähnten sehr anspruchsvollen Umfeldes - doch sehr positiven Rechnungsabschluss, danken. Und auch für die stetige Gewährleistung der Versorgungssicherheit hier in Olten und in der Region. Besonders schätzen wir auch den verstärkten Austausch in der Finanzkommission und die treuen Besuche an unseren Fraktionssitzungen durch Beat Erne, welcher uns immer geduldig Rede und Antwort steht. Vielen Dank noch einmal. Wir denken auch, dass sich dies vertrauensfördernd auswirkt und es wichtig ist, dass wir die massgebenden Faktoren, welche die sbo bewegen, nicht nur rückblickend mit der Rechnung, sondern möglichst auch ziemlich aktuell und die künftigen, wesentlichen Strategien, kennen. Als besonders wichtig finden wir, dass die Investition in Wärmeverbunde in Abstimmung mit den Gasperspektiven nun wirklich prioritär angegangen wird. Gefreut hat uns, dass im Rahmen des Pilotprojektes «Laden in der öffentlichen Zone» zwei öffentliche Ladepunkte in Betrieb genommen werden konnten und ein Dritter in diesem Sommer folgt. Ebenfalls positiv finden wir das im Bericht erwähnte «Smart Lighting» mit einem möglichen, grossflächigen Technologieeinsatz. Gerade diese Woche wurde dazu kommuniziert, dass diese mit Bewegungssensoren ausgestatteten neuen Leuchten bald überall als Ersatz für die noch nicht mit LED-Lampen ausgerüsteten Strassenlaternen aufgebaut werden. Und somit ökologisch, wie aber auch im Betriebsunterhalt ökonomisch, einen Mehrwert geben sollten. Das ist doch sehr erfreulich und stimmt positiv bei all den Herausforderungen, die sicher auch weiterhin zu meistern sein werden. Unsere Fraktion stimmt allen fünf Beschlussesanträgen einstimmig zu.

Urs Knapp, Fraktion FDP: Im Namen der FDP-Fraktion möchte ich, wie meine Vorrednerinnen und Vorredner zuvor, der sbo für ihre Arbeit im letzten Jahr danken. Ich werfe einen Blick auf das Geschäftsjahr und ich erlaube mir auch einen Blick in die Zukunft zu werfen. Es wurde einleitend vom Stadtpräsidenten gesagt, wir wären eine Generalversammlung. Und an einer Generalversammlung dürfen auch Kleinaktionäre ihre Gedanken teilen und vielleicht auch gewisse Anregungen geben und zur Diskussion animieren, und das möchte ich gerne machen. Der Verwaltungsrat, die Geschäftsleitung, spricht im Jahresbericht von einem «schwierigen, so noch nie dagewesenen Umfeld». Vor diesem Hintergrund sei der Stadtrat zufrieden. So heisst es im Bericht und Antrag: «...,Ihnen für das Jahr 2022 dennoch einen erfolgreichen Geschäftsabschluss präsentieren zu dürfen». Ein Blick in die Erfolgsrechnung zeigt die Schwierigkeiten im letzten Jahr klar auf. Der Betriebsertrag stieg 2022 erstmals in der Geschichte der sbo zwar um CHF 26 Mio. auf über CHF 100 Mio. Doch das Betriebsergebnis EBIT, und das ist eigentlich die harte Währung, ging um CHF 3 Mio. zurück und liegt jetzt noch bei CHF 2.5 Mio. Es wurde also mehr als halbiert. Der Rückgang beim Jahresgewinn sieht nicht ganz so dramatisch aus. Von CHF 1.4 Mio. auf CHF 850'000. Aber es wirkt nur auf den ersten Blick komfortabel. Denn dieser ausgewiesene Jahresgewinn war nur möglich, weil die sbo die Rückstellungen für Markt-, Finanz- und Beteiligungsrisiken sehr viel tiefer angesetzt hat, als im Vorjahr. Heinz Eng hat es im einleitenden Referat gesagt. Diese Risiken werden noch mit CHF 120'000 ausgewiesen. Im Jahre 2021 waren es CHF 3.376 Mio. Und dies geschah in einer Zeit, in der die Aussichten für die kommenden Jahre so hohe Marktrisiken zeigen, wie noch nie in der Geschichte der sbo über die letzten 2 Jahrzehnte. Wie einleitend erwähnt, möchten wir die heutige Diskussion nutzen, um auch einen Blick in die Zukunft zu werfen. Wir haben keine Glaskugel, aber wir möchten den Stadtrat fragen, wie er die Zukunft der sbo sieht und welche Schlussfolgerungen er danach für die Eigentümerstrategie zieht, womit er dem Verwaltungsrat die Vorgaben für die Entwicklung der Unternehmensstrategie vorgibt. Wir möchten nicht nur fragen, sondern wir möchten unsere Sicht teilen. Die ist vielleicht nicht richtig, die ist vielleicht nicht falsch, aber sie soll zum Nachdenken animieren. Nach unserer Beurteilung steckt die sbo in einer strategischen Falle. Es ist klar: Ihre bisherigen Erträge werden in den nächsten Jahren, in den nächsten zwei Jahrzehnten, als Folge der Energiewende wegbrechen. Heute lebt die sbo in erster Linie grossmehrheitlich vom Gasverbrauch. Die Rechnung 2022 zeigt dies sehr deutlich auf: Ausschliesslich mit Gas hat die sbo im letzten Jahr überhaupt Geld verdient. Elektrizität und

Wasser waren beide mit jeweils knapp CHF 700'000 in den tiefroten Zahlen. Doch das Gasgeschäft wird in den nächsten Jahren in der heutigen Form wegfallen. Die sbo müsste so schnell wie möglich alternative Einnahmequellen erschliessen. Doch dafür hat sie nicht viel Zeit. Vielleicht sogar zu wenig Zeit. Sie hat nicht viel Geld. Vielleicht sogar zu wenig Geld. Und sie hat wahrscheinlich auch nur teilweise das Wissen dazu. Ein Zeichen, dass dem so ist, zeigt sich beim Aufbau des Wärmeverbundes. Dieser kommt zu spät. Wenn man heute die Baupublikationen anschaut: Jede Woche sieht man drei, fünf, zehn Ausschreibungen von Personen, welche Wärmepumpen einbauen möchten. All diese Personen werden in Zukunft fehlen, wenn man einen Wärmeverbund macht. Oder man zwingt sie dann, ihre Heizungen abzustellen. Man sieht auch beim Aufbau des Wärmeverbundes rund um das Spital, dass die sbo dies nicht alleine machen kann. Sie braucht einen Partner, die IWB (Industrielle Werke Basel). Das ist an sich nicht schlecht. Das hilft für die Umsetzung, aber es heisst auch, dass man die Einnahmen teilen muss und die künftigen Erträge zurückgehen. Hier stellen sich drei grundsätzliche Fragen: Wie profitiert die Stadt in Zukunft am stärksten von der sbo? Was darf die Stadt von der sbo in Zukunft erwarten und was nicht? Was ist die beste Option für die sbo aus Sicht der Stadtentwicklung? Klar ist, dass die sbo in Zukunft – und das sagt auch der Verwaltungsrat ganz klar - nur dann noch Wärme in Wohnungen und an Gewerbe liefern will, wenn sich dies für das Unternehmen auch finanziell lohnt. Das ist ein Unterschied zu heute. Heute haben wir eigentlich fast einen Service Public. Wer heute einen Gasanschluss will, Wärme will, bekommt das eigentlich auch von der sbo. Es geht hier um Wärme in Form von Gas und später vor allem Fernwärme. Der Verwaltungsrat sagt hier klar: Die sbo hat keine Versorgungspflicht. Häuser und Wohnungen in - aus Sicht der sbo - finanziell nicht attraktiven Quartieren, werden in Zukunft wohl nur noch dann beliefert, wenn jemand die sbo dafür entschädigt. Und dieser jemand ist möglicherweise die Stadtkasse, mit Subventionen, die absehbar im zweistelligen Millionenbereich liegen werden. Es gibt Beispiele, wie die Stadt Chur, wo man auch solche Diskussionen hat. Und trotzdem bleiben die Geschäftsrisiken der sbo recht hoch. Im diesem Sinne von «Denke das Undenkbare» erlauben wir uns eine Frage, die zum Nachdenken und zum Denken in Szenarien motivieren soll: Wäre es für die Stadt Olten nicht besser, wenn die sbo ihre Energielieferungen an ein anderes, stärkeres Unternehmen verkaufen würde? Und sich dafür auf die Netze konzentrieren würde? Netze werden auch in Zukunft regelmässig Erträge machen. Netze bieten aber viel weniger Risiken für eine Stadt. Es ist klar, als reine Netzgesellschaft wäre die sbo ein ganz anderes Unternehmen als heute. Sie wäre kleiner, aber sie wäre stabiler in den Erträgen und für eine Stadt mit weniger Risiken verbunden. Es sind Überlegungen, die der Stadtrat machen muss und liebe Mitglieder des Stadtrats: Als Kleinaktionär hätten wir an der Generalversammlung noch ganz gerne, wenn ihr mit uns eure Überlegungen teilt, wie ihr in Zukunft die sbo sieht und welche Schlussfolgerungen ihr für die Eigentümerstrategie der sbo macht. Habt heute eine erste Bereitschaft dazu und in Zukunft noch mehr.

Tobias Oetiker, Fraktion OJ: Auch Olten jetzt! möchte sich für den schön gestalteten Jahresbericht mit den farbigen Bildern herzlichen bedanken. Wir möchten uns auch bei allen Mitarbeitenden der a.en bedanken, die letztes Jahr Einsatz geleistet haben und unsere Energie- und Wasserversorgung in der Stadt sichergestellt haben. Wir haben auch gewisse Sachen, die uns nicht so begeistern. Diese möchte ich kurz erwähnen. Urs Knapp hat schon diverse Punkte aufgegriffen. Das Erste ist die Gasabhängigkeit dieser Firma. Ohne Gas hätte es ein Defizit gegeben. Wenn man den Jahresbericht anschaut ist nicht klar, was denn nun zu tun ist. Die Dekarbonisierung kommt zwar häufig vor, aber es ist für mich als Laie keine verständliche Strategie erkennbar, wie nun neue Geschäftsfelder erschlossen werden sollen. Fernwärmeverbunde und so, das sehe ich schon. Aber ich meine, im Sinne, dass es auch zum finanziellen Erfolg führen würde. Nach wie vor ist in den Daten, die wir von der sbo erhalten haben, nicht die volle Transparenz bezüglich der Zahlen der a.en gegeben. Es ist keine vollkonsolidierte Rechnung. Was bei uns in der Fraktion auch zu Fragen geführt hat, inwiefern wir dem Verwaltungsrat Entlastung geben für diese Zahlen, die er uns liefert. Denn wir bekommen ja nicht die vollständigen Zahlen. Wäre es eine öffentlich gehandelte Firma, ginge das nicht. Die Rechnung müsste vollkonsolidiert sein, da die a.en eine hundertprozentige Tochter der sbo ist. Was wir uns auch gefragt haben, Urs Knapp hat es auch erwähnt, nur die Schlussfolgerung ist dann wahrscheinlich eine etwas andere: Das Geschäft, wovon die sbo

bis jetzt lebt; Gashandel oder - in erster Linie - Gasverkauf, ist etwas, das wahrscheinlich nicht weitergehen wird. Und ganz viele Leute bauen sich im Moment selber Wärmepumpen ins Haus. Das heisst, ihre Willigkeit, sich an ein Fernwärmenetz anzuschliessen, wird nicht steigen. Denn sie haben ja bereits für die Wärmepumpe Geld ausgegeben. Darum die Frage: Was ist überhaupt der Sinn der sbo? Ist das irgendwie eine Firma, die der Stadt Geld abliefern soll? Aber woher hat sie das Geld? Das Geld hat sie von den Leuten, die in der Stadt wohnen und hier heizen. Also ist es eine Art Gebühr, die einfach über einen sehr komplizierten Mechanismus dann schlussendlich bei der Stadt landet. Weshalb brauchen wir diesen Aufwand? Wenn die Stadt mehr Geld braucht, könnte sie vielleicht auch mehr Steuern einnehmen, anstatt von allen Leuten via Energiebezug eine Gebühr einzuziehen und diese dann via sbo in die Stadtkasse zurückfliessen zu lassen. Für uns wäre der Sinn der sbo, dass die sbo die Stadt mit Wasser und Energie versorgt. Das ist im Moment nicht so klar. Wir erhoffen uns, dass sich das in nächster Zeit klären wird und dass der Stadtrat mithilft, eine klarere Ausrichtung der Ziele dieser Firma zu finden. Wir werden innerhalb der Fraktion nicht einheitlich stimmen. Deshalb kann ich euch nicht sagen, was wir stimmen werden. Ihr werdet es sehen.

Manuel Höfler (GO/JGO): Ich möchte gerne auf zwei Punkte eingehen, welche Martin bereits in unserem Fraktionsvotum gesagt hat und die sich lustigerweise und zu meiner Überraschung - und auch etwas zu meiner Freude - mit gewissen Punkten von Urs decken. Und weniger überraschend auch mit Tobias' Votum. Wir sehen in den letzten zwei Jahren positive Anstrengungen von der sbo und der a.en. Und vielen Dank dafür, dass ihr euch diversifizieren möchtet und damit ein nachhaltigeres Geschäftsmodell aufbauen wollt. Persönlich gefreut habe ich mich sehr über die Information, die wir direkt von euch bekommen haben, dass ihr nun auch in eine PV-Strategie investieren wollt - das konnte man im Jahresbericht noch nicht lesen, denn das steht ja noch in der Zukunft - und damit in das Geschäft mit dem schönen Wort «Eigenstromerzeugung» einsteigen wollt. Vor über hundert Jahren hat man entschieden, daraus auszusteigen. Das war 1916 und das wissen wir dank der Interpellation von verganginem Jahr über «Lessons learned» von der Energiekrise. Das ist sehr positiv. Es ist aber auch wichtig zu betonen, und wir wollen einfach die Hoffnung nicht verlieren, dass jetzt wirklich überall und offenbar auch in der FDP verstanden wurde, dass es absolut notwendig ist, so schnell wie möglich aus dem Gasgeschäft auszusteigen. Und wir wissen, dass es gewisse Industrien gibt, die heute Prozessgas brauchen. Wir wissen nicht, wie schnell wir diese ablösen können. Vielleicht braucht es dort noch einen kleinen Teil Gas. Das müsste 100% Biogas sein. Wir haben nicht genügend Biogas in der Schweiz. Das heisst, es wird noch ganz wenige Bezüger geben und für diese ein Gasnetz zu unterhalten, wird sehr teuer sein. Auch das haben wir in der Fraktionssitzung mit Dani und Martin besprochen, das ist betriebswirtschaftlich absolut klar. Je weniger Abnehmer, desto teurer wird das Gasnetz, der CO₂-Preis wird steigen. Das wissen wir alle. Und damit wir dieses Geschäft so schnell unattraktiv werden, wie wir es uns heute wahrscheinlich alle gar nicht vorstellen können. Es gibt also einen Tipping Point, ab diesem alle abspringen werden, die irgendwie können. Und dann wage ich zu bezweifeln, dass dieses Geschäft noch rentabel ist. Dies ist auch der sbo bis zu einem gewissen Punkt klar, denke ich. Wir wissen, und das sagen sie selber auch, dass wir im Jahr 2050 kein Gas mehr brauchen werden, um Immobilien zu beheizen. Deswegen investieren sie jetzt in dieses Fernwärmenetz. Und das ist super. Aber ohne dieses Fernwärmenetz verlieren wir jedes Jahr Kunden, wie Urs auch schon gesagt hat. Die Leute sind bereits an anderen Heizsystemen. Das ist unattraktiv. Und das heisst, wir als Stadt, wir verlieren die Kunden. Es wird für uns nicht mehr attraktiv sein. Also, die sbo gehört uns, de facto allen Oltnerinnen und Oltner. Das heisst, wir müssen diese Transformation sehr schnell schaffen, wenn wir überhaupt wollen, dass es betriebswirtschaftlich irgendwie noch möglich ist. Und wenn ihr vielleicht mal auf der Karte der a.en geschaut habt, wo diese Fernmeldernetzte aktuell geplant sind, dann will ich noch auf einen Punkt hinweisen, der mir auch noch am Herzen liegt: Es gibt Quartiere, wo aktuell nichts geplant ist. Das macht irgendwie Sinn, wenn es an einer peripheren Lage mit zahlreichen Einfamilienhäusern ist. Zum Teil sind es Neubauquartiere, wo es bereits andere Lösungen gibt oder viele schon über Wärmepumpen verfügen. Aber bei der Altstadt zum Beispiel ist auch nichts geplant. Die Altstadt hat jedoch ein klares Problem. Die können im Moment absolut nichts Anderes machen, als mit Gas zu heizen. Und wenn wir für diese keine Lösungen bieten, was wollen die machen? Wir haben ein städtisches Energieunternehmen und da

brauchen wir eure Hilfe. Da müsst ihr auch Lösungen bieten, die sich nicht in erster Linie lohnen, sondern es ist unsere Aufgabe als Stadt, dass wir allen eine CO₂-neutrale Wärmeversorgung bieten. Und ich denke, hier müssten wir auch noch ein bisschen genauer hinschauen. Und zum Schluss möchte ich euch ein Zitat vorlesen, welches verdeutlichen soll, wie rasch die Transformation in den nächsten Jahren und nicht erst in 2050 stattfinden wird. Und es hat mir besonders gefallen, weil ich es im «Blick» gefunden habe, und wenn etwas im «Blick» steht, habe ich das Gefühl, ist es in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Und das freut mich wiederum. Ein UBS-Spezialist für Immobilien sagt auf die Frage, was in Bezug auf den Eigenheimmarkt am wichtigsten ist: «Dies ist die Nachhaltigkeit. Wenn jedes Haus morgen eine Energieetikette an der Tür hätte, dann würden die rot markierten Eigenheime sofort einen Preisnachlass bekommen. Wenn ich heute ein Objekt kaufen würde, dann würde ich bei der Suche Öl- und Gasheizungen gleich herausfiltern. Diese Eigenheime würde ich nicht einmal anschauen. Wenn ein Käufer trotzdem diesen Kompromiss eingehen will, dann muss er den Abschlag einfordern. Und jeder Eigentümer – und jede Eigentümerin natürlich, es ist eben der «Blick» - sollte möglichst schnell bei der Nachhaltigkeit aufrüsten.» Und diese Umrüstung wird in den nächsten Jahren auch zunehmend verstärkt finanziell unterstützt werden. Ganz besonders, wenn wir am 18. Juni zum Klimaschutzgesetz alle «ja» stimmen.

Heinz Eng (FDP): Es sind nun sehr viele Voten gefallen. Aber man muss ein bisschen Utopie oder auch Wunschenken, aber auch die Realität sehen. Man hört von gewissen Kreisen immer: Weg vom Gas, weg von der fossilen Energie, Dekarbonisierung muss sofort gemacht werden, 2050 und so weiter. Alles okay, alles gut. Aber alle die Schreier dieser Forderungen, habe ich noch nie gesehen, was ist denn die Lösung? Was ist die Lösung? Wärmepumpen? Sind wir ehrlich. Eine Wärmepumpe ist indirekt eine Elektroheizung. Braucht Strom. Was ist die Lösung? Importieren wir den Strom? Aus den Atomkraftwerken von Frankreich? Kann man. Wenn die Franzosen den Strom nicht selber brauchen, werden sie uns diesen mit Sicherheit teuer verkaufen. Und so weiter. Ganz viele Fragezeichen. Da muss man auch sehen, dass wir alle gemeinsam gewisse Lösungen finden müssen. Aber es heisst auch, dass man hier, es wurde angesprochen, auch das Prozessgas. Gas kann man heute abstellen, der Prozess. Die meisten der Firmen, die entsprechend auch produzieren, haben je nachdem Zweistoffanlagen. Dann stellen sie das Gas ab und gehen aufs Öl. Öl ist je nachdem noch billiger, weil man auf den Spotmarkt, je nachdem, Heizöl oder Diesel billig beziehen kann. Also, das muss man auch immer ein bisschen vor Augen haben. Und das regt mich immer ein bisschen auf. Es heisst: «Ja, ja, man muss weg, man muss weg. Wir wollen und alles. Die sbo. Und so weiter.» Aber sagt doch mal, wie. Wie? Und dann kann man schauen, ob das geht oder nicht. Die Elektrizitätsproduktion in der Schweiz von den Wasserkraftwerken, auch von der Voltaik, ihr konntet es lesen. Man will in den Alpen je nachdem Photovoltaikanlagen machen. Das Problem ist ja, dass in den nächsten 10 Jahren die Leitungen gar nicht stehen. Und so weiter. Das alles muss man anschauen. Und darum bitte ich doch, irgendwie nicht immer nur dagegen zu rufen, sondern auch konstruktive Lösungen aufzuzeigen. Fertig.

Beschlüsse

1. Kenntnisnahme: Einstimmig
2. Revisionsstelle: Einstimmig
3. Genehmigung: Einstimmig
4. Entlastung: Mit 34 : 2 Stimmen erteilt
5. BDO Revisionsstelle: Einstimmig

Gesamtbeschluss

Einstimmig wird der Antrag des Stadtrates genehmigt.

Laura Schöni, Parlamentspräsidentin: Vielen Dank. Ich möchte mich ganz herzlich beim Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung der sbo für ihre heutige Anwesenheit bedanken und auch für den Einsatz vorgängig in den verschiedenen Fraktionen und in der FIKO. Das wissen wir sehr zu schätzen. Merci vielmals.

Mitteilung an:
Direktion Finanzen und Dienste, Urs Tanner

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. Mai 2023

Prot.-Nr. 62

Hauswart/in Schulhaus Kleinholz 100% & Mitarbeiter/in Haus-/Platzwartung Sportanlagen Kleinholz 100%/Stellengenehmigungen

Im Juni 2021 wurde der Neubau der Schulanlage Kleinholz vom Stimmvolk genehmigt. Die Eröffnung ist für das Schuljahr 2024/25 geplant. Die neue Anlage bietet Schulraum für 16 Klassen (erweiterbar auf 24 Klassen), viele Gruppenarbeitsräume, eine Küche mit Aufenthaltsraum für Tagesstrukturen, eine Grünfläche von 7'700 m² u.a. mit 41 neu gepflanzten Bäumen und diversen Spielmöglichkeiten sowie eine Dreifachturnhalle. Mit den Neubauten erwächst ein Bedarf an personellen Ressourcen für die Hauswartung, Reinigung und Instandhaltung dieser Objekte. Für das Schulhaus wird folglich ein Pensum von 100 % per 1. Januar 2024 und für die Dreifachturnhalle ein Pensum von 100 % per 1. August 2024 beantragt.

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Das Aufgabengebiet im Bereich der Hauswartung / Reinigung der neuen Schulanlage / Dreifachturnhalle Kleinholz wird im Wesentlichen die folgenden Arbeiten umfassen:

- Reinigungs- und Pflegearbeiten (Unterhaltsreinigung, Hauptreinigung, Fensterreinigung sowie Pflege und Reinigung der Umgebung und Aussenanlagen).
- Betreuung der gebäudetechnischen Anlagen inkl. Kontrollarbeiten.
- Instandhaltungsarbeiten (Inspektionen, Wartungen, kleinere Instandsetzungen und damit verbundene administrative und kleinere bauleitende Tätigkeiten).
- Aufsicht und Kontrollgänge.
- Diverse Arbeiten (Waschen von Reinigungstextilien, Entsorgung, Einkauf, Schlüsselverwaltung usw.).

Die Berechnung der dafür vorliegend erforderlichen Ressourcen erfolgte durch die Firma Cleangreen Consulting GmbH. Es handelt sich hier um ein Dienstleistungsunternehmen, welches über eine mehr als 20-jährige Erfahrung in der Analyse, Planung und Beratung von Unterhaltsaufwendungen verfügt. Für die entsprechenden Berechnungen wurde auf praktische Erfahrungszahlen bzw. Referenzwerte zurückgegriffen. Bei den Zeiten / Leistungszahlen wurden konkret die spezifischen Verhältnisse vor Ort, sprich die massgebenden Grundlagen, wie die Flächenmasse, raumspezifischen Leistungszahlen und Leistungsintervalle in Abstimmung mit der Nutzungsintensität berücksichtigt. Im Ergebnis liegt ein «Bericht / Fachkonzept zur Arbeitsplatzbewertung Hausdienst» vor. Mit Hilfe dieser methodischen Grundlage konnte schliesslich der Stellenbedarf ermittelt werden.

2. Erwägungen

2.1 Bericht / Fachkonzept zur Arbeitsplatzbewertung «Hauswartung / Reinigung»

Im vorerwähnten «Bericht / Fachkonzept zur Arbeitsplatzbewertung Hauswartung / Reinigung» betr. Neubau Schulanlage / Dreifachturnhalle Kleinholz resultieren die folgenden zu leistenden Total-Stunden:

Neubau Schulhaus: 5'225 Stunden
Neubau Dreifachturnhalle: 3'584 Stunden

2.2 Schulhaus-Neubau / Antrag

Für den Schulhaus-Neubau ist demgemäss die Anstellung eines Hauswartes / einer Hauswartin mit einem 100 % Pensum (rund 2'100 Jahresstunden) mit folgendem Profil vorzusehen:

Bezeichnung	Hauswart/-in Schulhaus Kleinholz
Zuständige Direktion	Direktion Bau
Vorgesetzte Stelle	Leiter Administrative Dienste Direktion Bau
Aufgaben	Der Hauswart / die Hauswartin im Schulhaus Kleinholz ist für die Sauberkeit und den Unterhalt der Schulgebäude und Anlagen verantwortlich. Er/sie betreut und bedient die Haustechnik, nimmt kleinere Reparatur- und Wartungsarbeiten selbständig vor, führt das Reinigungspersonal und sorgt für die Einhaltung der Hausordnung. Im Weiteren ist er/sie Ansprechperson für die Lehrerschaft, Schüler/innen und weitere Benutzergruppen.
Anforderungen	Zur Wahrnehmung der Stellenaufgaben sind im Wesentlichen die folgenden beruflichen, charakterlichen und persönlichen Anforderungen notwendig: Abgeschlossene Berufsausbildung als Fachmann Betriebsunterhalt mit Schwerpunkt Hausdienst oder im handwerklichen / technischen Bereich. Weiterbildung zum Hauswart / zur Hauswartin mit eidgenössischem Fachausweis von Vorteil. Berufserfahrung in den Bereichen Reinigung sowie Gebäude- und Anlagenunterhalt sowie handwerkliches Geschick und technisches Verständnis. PC-Anwender-Kenntnisse. Sehr gute Deutschkenntnisse in Wort und Schrift. Engagierte, pflichtbewusste und selbständige Arbeitsweise. Verständnis für einen regen Schulbetrieb und das öffentliche Leben. Bereitschaft, Kontrollgänge u. Einsätze am Abend sowie an Wochenenden zu leisten. Gefestigte und vertrauenswürdige Persönlichkeit mit sicherem Auftreten, unkompliziertem Umgang mit allen Anspruchsgruppen und gesundem Durchsetzungsvermögen. Wohnsitz in Olten oder in der näheren Umgebung.

In der «Go-Live» Phase des Neubauprojekts, also der sogenannten «letzten Meile» bis zum Projektabschluss respektive zur ordentlichen Inbetriebnahme der Gebäude und Anlagen, ist es dringend angezeigt, die Begleitung vor Ort durch den designierten Hauswart / die designierte Hauswartin einzuplanen. Infolgedessen wird diese Stellenbesetzung auf den 1. Januar 2024 beantragt.

Wie bei den anderen städtischen Schulanlagen, wird auch hier der Hauswart / die Hauswartin bei der Gebäudereinigung von nebenamtlichem Reinigungspersonal unterstützt werden. Ausserhalb des (Eigenreinigungs-) Anteils des Hauswartes / der Hauswartin sind zusätzlich rund 3'100 Stunden pro Jahr (privatrechtliche Arbeitsverträge im Stundenlohn) zu budgetieren.

2.3 Dreifachturnhalle / Antrag

Hinsichtlich der neuen Dreifachturnhalle ist es offensichtlich, dass deren künftige Nutzung – mit absehbar regelmässigen Abend- und Wochenendbelegungen – eher mit den betrieblichen Abläufen der direkt benachbarten Stadthalle / Sportanlagen Kleinholz korrespondieren wird. Aufgrund dessen ist es sinnvoll und angezeigt, den Betrieb der neuen Dreifachturnhalle in die Verantwortlichkeit des Haus- und Platzwarte-Teams der Stadthalle / Sportanlagen Kleinholz zu übertragen und dieses personell zu verstärken. Das heute vierköpfige Team (400 Stellenprozente) des Haus- und Platzwarte-Teams der Stadthalle / Sportanlagen Kleinholz soll folglich um einen zusätzlichen Mitarbeiter mit einem Pensum von 100 % (rund 2'100 Jahresstunden) mit folgendem Profil aufgestockt werden:

Bezeichnung	Mitarbeiter/in Haus-/Platzwartung Sportanlagen Kleinholz
Zuständige Direktion	Direktion Bau
Vorgesetzte Stelle	Leitender Hauswart Sportanlagen Kleinholz
Aufgaben	Als Teil des Haus- und Platzwartungsteams der Sportanlagen Kleinholz ist der / die Stelleninhaber/in für die termin- und qualitätsgerechte Bereitstellung der Sportanlagen, die Beaufsichtigung des Spiel- und Trainingsbetriebes, die spezielle Pflege und Wartung der Stadthalle, der Dreifachturnhalle und der Sportausseranlagen sowie die Reinigung der Umkleidekabinen, Dusch- und Sanitäranlagen zuständig.
Anforderungen	Zur Wahrnehmung dieser vielfältigen Stellenaufgaben sind im Wesentlichen die folgenden beruflichen, charakterlichen und persönlichen Anforderungen notwendig bzw. von Vorteil: Mehrjährige Berufserfahrung im Instandhalten von Gebäuden und Anlagen. Robuste Gesundheit. Bereitschaft zu Abend- und Wochenenddienst im Turnus. Selbstständige Arbeitsweise. Pflichtbewusste, motivierte und teamfähige Persönlichkeit. Freundliches und sicheres Auftreten. Verständnis für die Belange des Sports. Wohnsitz in Olten oder in der näheren Umgebung.

Auf der Grundlage des «Berichtes / Fachkonzeptes zur Arbeitsplatzbewertung Hauswartung / Reinigung» sind zusätzlich rund 1'500 Stunden pro Jahr für die Gebäudereinigung durch nebenamtliches Personal (privatrechtliche Arbeitsverträge im Stundenlohn) zu budgetieren.

3. Finanzielle Auswirkungen

Die neue Stelle «Hauswart/-in Schulhaus Kleinholz» ist gemäss dem Einreihungsraster ABAKABA der Lohnklasse 14, mit einem Funktionslohn von Fr. 71'909.00, zugeordnet. Die entsprechenden Lohnkosten und Sozialleistungen sind im Budget 2024, gerechnet ab dem 1. Januar 2024 / Pensum 100 %, vorzusehen. Bei Annahme eines / einer 40-jährigen Stelleninhabers / Stelleninhaberin kann folglich von jährlichen Lohnkosten von Fr. 90'000.00 plus Lohnnebenkosten von Fr. 18'000.00 ausgegangen werden.

Die neue Stelle «Mitarbeiter/in Haus-/Platzwartung Sportanlagen Kleinholz» ist gemäss dem Einreihungsraster ABAKABA in der Lohnklasse 6, mit einem Funktionslohn von Fr. 53'799.00, eingereiht. Die entsprechenden Lohnkosten und Sozialleistungen sind im Budget 2024, gerechnet ab dem 1. August 2024 / Pensum 100 %, vorzusehen. Bei Annahme eines / einer 40-jährigen Stelleninhabers / Stelleninhaberin kann folglich von jährlichen Lohnkosten von Fr. 70'000.00 plus Lohnnebenkosten von Fr. 14'000.00 ausgegangen werden.

Beschlussesantrag:

I.

1. Der Schaffung der Stelle «Hauswart/in Schulhaus Kleinholz», mit 100 Stellenprozenten, in der Lohnklasse 14, per 1. Januar 2024, wird zugestimmt.
2. Der Schaffung der Stelle «Mitarbeiter/in Haus-/Platzwartung Sportanlagen Kleinholz», mit 100 Stellenprozenten, in der Lohnklasse 6, per 1. August 2024, wird zugestimmt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffern I.1 und I.2 unterstehen dem fakultativen Referendum.

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Beat Bachmann, GPK: Die GPK hat sich an der Sitzung vom 16. Mai mit diesen zwei Stellen fürs Schulhaus und die Sportanlagen im Kleinholz befasst. Marion Rauber und Kurt Schneider konnten auf alle unsere Fragen Auskunft geben. Sie konnten unter anderem auch über die Organisation der Hauswartungen von allen Schulhäusern und Sportanlagen informieren. Pro Schulhaus ist je eine verantwortliche Hauswartin tätig, die bei einem Ausfall durch den Hauswart-Pool aufgefangen werden kann. Das Reinigungspersonal, bei welchem Flexibilität wichtig ist, wird im Stundenlohn angestellt. Daher werden wir dies erst im Budgetgespräch behandeln. Die vorzeitige Anstellung der Hauswartin im Schulhaus bereits per Anfang 2024 ist nötig, damit der ganze Betrieb, die Geräte und die Organisation gründlich kennengelernt werden können und diese Person bei der letzten Meile vom Bau dabei sein kann. In der GPK wurde angesprochen, dass man eine Kompensation dieser Stelle in anderen Schulhäusern erwartet. Marion Rauber hat erwähnt, dass es keine sofortige Kompensation geben wird. Unter anderem auch, weil das Hübelischulhaus während des Umbaus des Frohheims genutzt wird. Eine andere Frage aus der GPK war, ob man die Stelle der Sportanlagen auch durch private Anbieter abdecken könnte. Aufgrund der wichtigen Zusammenarbeit mit den anderen Sportanlagen innerhalb der Stadt, wäre dies jedoch aufwändig, kompliziert und viel teurer. Gerade, wenn man an die vielen Abend- und Wochenenddienste denkt, die bei diesen Sportanlagen nötig sind. Es hat in der GPK einzelne, kritische Stimmen gegeben wegen den zahlreichen Stellen, die wir in den letzten Jahren bewilligt haben und hier noch einmal zwei Stellen kommen. Aber dass der Bedarf aufgrund der grossen Arbeit mit den neuen Häusern und den neuen Anlagen vorhanden ist, war in der GPK eigentlich unbestritten. Es wurde betont, dass die Stadt zum Schulhaus und zur Turnhalle «ja» gesagt hat und dass es wichtig ist, dass der Betrieb gut geführt werden muss. Die GPK hat sich mit einzelnen Enthaltungen, aber ohne Gegenstimme, für die beiden Stellen, die Hauswartin im Schulhaus und die Haus- und Platzwartung der Sportanlagen, entschieden und empfiehlt dem Parlament diese Stellen ebenfalls zu bewilligen.

Stadträtin Marion Rauber: Unsere neue Schulanlage ist gut auf Kurs. Jene, die am 11. Mai an der Baustellenbesichtigung teilgenommen hatten, haben gesehen, wie dieses Haus wächst und gedeiht. Nebst den zukünftigen Nutzenden, den Kindern, den Lehrpersonen, den Sportvereinen und der Bevölkerung, braucht es natürlich auch Menschen, die sich dann um die Anlage kümmern. Wir als Stadt Olten investieren nun viel Geld in diesen Bau und aus diesem

Grund ist es meiner Meinung nach auch wichtig und in unserer Verantwortung, diese städtische Immobilie fachgerecht zu unterhalten und entsprechend auch den Lebenszyklus dieser Bauten für die nächsten Generationen zu sichern. Da es sich mit der Schulanlage Kleinholz, sprich der Schulanlage und der Dreifachturnhalle, um eine sogenannte neue, funktionelle Einheit bei unseren städtischen Liegenschaften handelt, bringen wir diese zwei Stellenbegehren heute auch für die Festanstellungen gleichzeitig vor euch, vor das Gemeindeparlament. Die Grundlage von diesem Bericht und Antrag ist hinterlegt – wie übrigens bei allen unseren Schulanlagen – durch eine neutrale Anlagebewertung und ein Fachkonzept zur Arbeitsplatzbewertung mit Kalkulationen von der Firma «Cleangreen». Wir haben euch diesen Bericht noch zugeschickt. Attestiert werden dort 8809 Jahresarbeitsstunden, um die ganze Anlage in Schuss zu halten. Mit dem Einsatz von zwei Festangestellten in einem 100%-Pensum, legen wir erstens die Verantwortlichkeiten fest (eine für die Dreifachhalle und eine für die Schulanlage) und können mit 4200 Stunden, welche diese beiden Personen leisten werden, rund die Hälfte vom anfallenden Unterhaltsbedarf abdecken. Daneben werden Reinigungsarbeiten durch zusätzliche Mitarbeitende, der GPK-Sprecher hat es gesagt, mit einem Arbeitsvertrag im Stundenlohn, geleistet oder extern vergeben werden. Diese Stunden sind dann auch im Budgetentwurf 2024 abgebildet. Der heutige Stellenantrag umfasst also eine/n vollamtliche/n Hauswart/in in der Lohnklasse 14 per 1. Januar 2024 und ein/e vollamtliche/n Mitarbeiter/in per 1. August 2024 in der Lohnklasse 6. Notabene, in der tiefsten Lohnklasse, die wir in der Stadt Olten, in unserem Lohngefüge, haben. Wieso wollen wir die Stelle des Schulhausabwarts bereits per 01.01.2024 besetzen? Wie im Bericht und Antrag beschrieben, ist es von Vorteil, dass auf der sogenannten letzten Meile die zuständige Person bereits vor Ort mitarbeitet. Wir sind überzeugt, dass es eine gute «Investition» ist, wenn die verantwortliche Person die technischen Installationen, Steuerungen und Gebäudeautomationen vor Ort ab Januar laufend in Betrieb nehmen kann. Es ist auch erwiesen, dass es sich lohnt, bereits in der Schlussphase einer Baurealisation in der Grösse, wie wir sie hier haben, die künftigen Unterhaltsverantwortlichen bereits an Bord zu haben. Und wichtig ist, dass der Betrieb dann per 1. August mit dem neuen Schuljahr reibungslos gestartet werden kann. Es sind auch diverse Arbeiten vorgängig zu erledigen. Ich verzichte hier darauf, ins Detail zu gehen. Wie ich es bereits gesagt habe, ist für die Inbetriebnahme mit dem Beginn des neuen Schuljahres per 01.08.24 entscheidend, dass wir eine zweckmässige Organisation aufgegleist haben, damit der Betrieb dieser Anlage reibungslos laufen kann und alles vorbereitet und eingerichtet ist. Aufgrund der aktuellen Situation, ihr kennt es sehr wahrscheinlich alle, mit dem Fachkräftemangel, müssen wir zwischen der Stellenausschreibung und der optimalen Besetzung mit rund sechs Monaten rechnen. Daher kommen wir bereits heute mit diesem Geschäft zu euch. Noch ein paar Ausführungen zur zweiten Stelle, nämlich dem Platzwart dieser Dreifachhalle: Aktuell haben wir ein Team von 4 Personen, das für alle Sportanlagen inklusive Stadthalle zuständig ist. Die Führung dieses Teams unterliegt Christian Zähl, dem sogenannten leitenden Hauswart Sportanlagen. Er ist unter anderem verantwortlich für die Schulung und Instruktion aller Platzwarte und die Qualitätssicherung der Arbeiten auf der Anlage. Er ist auch das Bindeglied zwischen der städtischen Verwaltung und den Sportanlagen, wenn es beispielsweise um die Belegungspläne geht. Er ist Ansprechperson für Lehrpersonen, Vereine und Veranstaltende. Sein Stellvertreter ist aktuell noch Peter Nussbaumer. Er wird demnächst pensioniert. Er übernimmt vor allem im Aussenbereich Verantwortung. Es macht für uns organisatorisch Sinn, dass wir die neue Person, welche für die Dreifachhalle zuständig ist, diesem Team angliedern und diesen Pool somit ergänzen. Der Betrieb der künftigen Dreifachhalle hat einen engen räumlichen und betrieblichen Bezug zur Stadthalle und zu den Sportanlagen. Ebenfalls ist dort ein Siebentagesbetrieb mit Vereinssport und Veranstaltungen am Abend und an den Wochenenden geplant. Ihr könnt euch selber ausrechnen, was es heisst, einen Betrieb zusätzlich am Abend und an den Wochenenden aufrechtzuerhalten, versus einem 100%-Pensum von – in der Regel - 8 Stunden 24 Minuten Tagesarbeitszeit. Das geht nicht auf. Es ist zwingend nötig, dass in einem Team gearbeitet werden kann, nur schon, um alle Präsenzzeiten abzudecken und die Dienstleistung für die Bevölkerung erbringen zu können. Ebenso müssen Ferienablösungen und Stellvertretungen gewährleistet sein. Dies funktioniert auch bei unseren Schulhausabwarten so. Jeder oder jede hat seine Schulanlage oder Liegenschaft, das heisst, einige haben sogar mehrere, für welche sie/er verantwortlich ist. Im Abwarte-Pool wird dann aber die gegenseitige Stellvertretung und Ferienablösung durch Kolleginnen/

Kollegen sichergestellt. So können wir diese Synergien sinnvoll nutzen und den Betrieb und die volle Auslastung unserer Anlagen auch gewährleisten. Ich würde mich sehr freuen, wenn ihr diesen Stellenbegehren zustimmen würdet.

Ich erlaube mir, gerade noch auf den Änderungsantrag (Streichung der Stelle Mitarbeiter/in Haus-/Platzwartung 100%), den wir auf dem Tisch haben, kurz einzugehen. Zur Begründung: Ja, es ist etwas merkwürdig, wenn man als Begründung eine Diskussion der GPK anführt. Eine subjektive Optik – erlaubt mir diese Bemerkung – die ich so nicht wahrgenommen habe. Ich weiss nicht, wie dies die anderen Mitglieder der GPK sehen. Man fragt sich auch, wie der ausgewiesene Bedarf zustande kommt. Ich denke, das haben wir auch, wie das die FDP kürzlich in einem Vorstoss gewünscht hat, wirklich in Fakten mit einer neutralen Bewertung hinterlegt. Natürlich kann man diese in Frage stellen, ob sie stimmt oder nicht. Aber es sind Fachpersonen. Dann wir von Ressourcen von den alten Standorten gesprochen und was damit passieren soll. Also, bei den Sportanlagen haben wir keinen alten Standort, der wegfällt. Wir haben allenfalls die Giroud-Halle, worüber wir noch diskutieren, aber dort ist der Kanton zuständig und nicht unsere Mitarbeitenden. Und dieser Passus «nice to have»: Ich hoffe, dass meine Mitarbeitenden heute Abend nicht zuhören, die nämlich sehr viele Plus- und Überstunden und Ferientage haben, welche sie nicht einlösen können. Zu den Fragen: Wie wir uns mit den 400 Stellenprozenten organisieren würden? Das kann ich gleich beantworten. Ich habe gesagt, dass unser Team sehr viele Plus- und Überstunden und Ferientage hat, welches die Einzelnen nicht aufbrauchen können. So müssen wir die Person, welche in Rente geht, rund zwei Monate früher quasi entlassen. Also, wir werden, wenn wir nur 400 Stellenprozente zur Verfügung haben, für Vereine sicher keinen Abend- und Wochenendbetrieb in der Dreifachhalle anbieten, sondern nur den Schulbetrieb tagsüber aufrechterhalten können. Das ist mal eine Konsequenz, die ich euch nennen kann. Zur Frage des Betriebskonzepts: Ja, so leid es mir tut, die Organisation unserer Betriebe ist in der Kompetenz des Stadtrates und nicht des Parlaments. Wir sind auch jene, die gegenüber Dritten, gegenüber den Schulen, Vereinen, der Bevölkerung die Verantwortung tragen. Wir sind diejenigen, die sich hinstellen und sich für unsere Betriebe rechtfertigen, wie diese laufen oder nicht. Dann das repetitive Thema vom Outsourcing: Weil es irgendwie klar war, dass dies wieder zum Thema wird, haben wir uns auf dem Platz Olten etwas umgehört. Was wir feststellen konnten, ist, dass es sich bestätigt hat, dass Outsourcing durchaus Sinn machen kann, wenn zum Beispiel irgendwo fachspezifisches Knowhow fehlt. Wenn beispielsweise irgendwo ein Chemieeinsatz geleistet werden muss, welcher das bestehende Team nicht leisten kann, oder wenn in einem kleinen Team eine Abdeckung einer zyklischen Spitzenauslastung braucht. Zum Beispiel, wenn jemand temporär ausfällt oder für einen längeren Krankheitsfall eine Stellvertretung benötigt wird. Vor allem in kleinen Teams kann dies durchaus Sinn machen. Es gibt aber nun zum Beispiel in der HPSZ, welche ein Hallenbad betreibt, aus der Konstellation heraus, weil sie nämlich mit einer Outsourcing-Lösung arbeiten, am Abend auch kein Angebot für Dritte. Weil nämlich genau dort ein Outsourcing viel teurer kommt. Dieses Angebot hat man dann eingestellt und es ist inzwischen sogar eine Anfrage an uns, an die Stadt, eingegangen, ob wir unsere Badmeister zur Verfügung stellen, die am Wochenende oder am Abend diese Anlage in Betrieb nehmen würden. Und sonst ist dieses Angebot im Moment nichtig. Es geht hier beispielsweise um Babyschwimmen oder Anlässe, welche Procap dort durchgeführt hat. Bei unserer Organisation, welche über ein breites Wissen verfügt und breit abgestützt ist, mit den Mitarbeitenden regelmässige Weiterbildungen macht und über Stellvertretungslösungen verfügt, macht eine Vergabe einer einzelnen Stelle an Dritte definitiv wirklich keinen Sinn. Und was ich als Letztes noch sagen möchte: Wir schaffen diese Stellen nicht zur Freude der Verwaltung oder für den Stadtrat, sondern weil wir für die Bevölkerung gerne eine Dienstleistung erbringen möchten. Ihr könnt uns nun sagen, ob wir das weiterhin machen sollen oder nicht.

Christian Ginsig, Fraktion Mitte/EVP/glp: Für die Fraktion Mitte/EVP/glp war es unbestritten, dass ein neues Schulhaus gepflegt und unterhalten werden muss. Nach der jüngsten Debatte um private und staatliche Aufgaben - wir haben es zuvor gehört, auch als wir es zuletzt im Rat diskutiert haben - war es für uns eigentlich kein weiteres Thema mehr, dass man die personellen Ressourcen allfällig irgendwie privat ausschreibt, wenn gleichzeitig städtische Funk-

tionen mit den gleichen Aufgaben konfrontiert sind. Es macht aus unserer Sicht Sinn, Abwesenheiten, Arbeitsaufträge innerhalb der städtischen Verwaltung integral abzuwickeln. Der Stellenaufbau im Bereich des Schulhausunterhalts hat bei uns eigentlich ebenso wenige Diskussionen gegeben. Eigentlich viel mehr die Frage um die 100%-Stelle für den Unterhalt der Dreifachturnhalle. Auch wir haben bereits in der Fraktionssitzung darüber debattiert, ob es wirklich zielführend ist, gerade von Anfang an eine 100%-Stelle alleine für eine Dreifachturnhalle durchzuwinken. Wir haben uns vor allem auch die Frage gestellt, ob es nicht möglich ist, wenn schon ein Logistiktunnel zwischen Stadthalle und Dreifachturnhalle vorhanden ist, diese Aufwendungen allenfalls zu bündeln und zu schauen, was es in der Praxis tatsächlich braucht und nicht schon bereits von Anfang quasi eine Vollvariante mit einer 100%-Stelle zu fordern. Unserer Meinung nach hätte man auch mit einer 50%-Stelle starten können. Also, ein haushälterischer Umgang mit den Steuern anstreben und eng budgetiert starten und danach in der Praxis prüfen, ob ein weiterer Schritt notwendig ist. Dafür ist ja das Gemeindeparlament auch da, dass man entsprechend aufstocken könnte. CHF 84'000 jährlich wiederkehrende Kosten für diese 100% Haus-/Platzwartung Sportanlagen Kleinholz ist sicher ein stolzer Betrag. Die Frage, die gestellt wurde: Wie hat diese Firma «Cleangreen Consulting» entsprechend budgetiert? Vielleicht könnte man vorerst mit der bestehenden Equipe starten und es weiter aufstocken? Die Consulting-Firma schreibt in ihrem Bericht übrigens selber: «Wir empfehlen der Auftraggeberin nach ca. einem halben Jahr und erfolgreicher Umsetzung eine weitere kurze Überprüfung der ermittelten Werte und den tatsächlichen Ausführungszeiten in Auftrag zu geben. Tätigkeiten und Umstände verändern sich laufend.» Es wird auch noch weiter ausgeführt: «Weiter wird festgestellt, ob die Dienstleistung immer noch dem Bedürfnis der Bevölkerung und der Kundschaft entspricht.» Also, diese Firma äussert sich auch nicht ganz klar. Die zuständige Baudirektorin - wir haben sie in dieser Frage in unserer Fraktionssitzung vorgängig auch miteinbezogen - hat dann unmissverständlich und eindeutig geantwortet, dass es ohne diese neue 100%-Stelle zwangsläufig zu Einschränkungen in der städtischen Hallennutzung kommt. Ohne Wenn und Aber. So war das Feedback. Auch die Frage unserer Fraktion, ob sich die Vereine mindestens in Form eines symbolischen Beitrages, zumindest teilweise an diesen Personalkosten beteiligen/partizipieren könnten, wurde von der zuständigen Stadträtin als Lösung abgelehnt. Auch in dieser Frage: Wenn es keine hundertprozentige Aufstockung gibt, dann kann kein Vollbetrieb dieser Dreifachturnhalle gewährleistet werden. Wir hätten in Olten also eine top Infrastruktur und könnten diese nur eingeschränkt nutzen. Das wäre aus unserer Sicht in der Logik auch vollkommen daneben. Aus dem Gespräch mit der Stadträtin, und erst aufgrund dieser Informationen, wurde dann eigentlich auch klar, dass diese Pool-Platzwarte integral für Stellvertretungen der Ressourcen benötigt werden und jetzt bereits sehr viele Überstunden geleistet wurden. Es wurden auch konkrete Zahlen genannt. Also, aktuell ein Team, das von den Pensen her weit überschießt. Wir wären an dieser Stelle - und das möchte ich gerade öffentlich sagen – froh, und es wäre nicht nur schön, sondern es wäre eine klare Forderung an den Stadtrat, dass solche Kennzahlen, wenn ein solches Geschäft vorbereitet und dem Gemeindeparlament vorgelegt wird, doch bitte mit solch wichtigen Informationen in Zukunft ergänzt wird. Sodass eine entsprechende Vorlage diskutiert werden kann und es eben nicht zu entsprechenden Änderungsanträgen kommt, wie wir jetzt einen vorliegen haben. Der Bericht weist ja diese Notwendigkeit nach einer entsprechenden Stelle für eine Dreifachturnhalle klar aus. Auch die Stundenpensen liegen mit 100% und der Springertätigkeiten im Mitarbeiterpool immer noch deutlich unter dem effektiven Stundensoll für die ganzen Aufgaben. Diese Personen, wir haben es auch von der zuständigen Stadträtin gehört, kommen auf den ganzen Sportplätzen und Anlagen auch in den Abendstunden und an den Wochenenden zum Einsatz. Von dem her übernehmen sie dann mit dieser Funktion auch Springeraufgaben. Es läuft aus unserer Sicht auf die Grundsatzfrage hinaus, ob man dieser ersten Planung des externen Beratungsbüros vertraut - es hat gegenüber den Auftraggebern der Stadtverwaltung bestimmt wohlwollend kalkuliert - oder ob wir diese Aussagen grundsätzlich in Frage stellen wollen und ob wir ein generelles Misstrauen gegenüber den mündlichen Aussagen der zuständigen Stadträtin ausdrücken wollen. Vor allem einmal mehr aus dem Grund, weil die Vorlage ohne entsprechende Hintergrundinformationen gekommen ist. Aber wir haben die Informationen entsprechend bekommen. Anders herum, wir als Gemeinderat müssen uns hier in jedem Fall bewusst sein, und das darf und muss man aus unserer Sicht eben auch offen sagen: Diese Stelle kommt vor allem, oder

quasi ausschliesslich, sporttreibenden Vereinen zugute. Also, jährlich CHF 84'000 quer-subventionierte Steuergelder für die Sportvereine. Das kann man machen, wenn man die Gesundheitsförderung der Oltner Bevölkerung im Blick hat. Dieser Widerspruch wird dann aber noch grösser, wenn wir später an diesem Abend hoffentlich noch über das Geschäft der Badi eintreten und darüber debattieren. Dort geht es um Sport und Gesundheitsförderung der Jugendlichen. Die haben jedoch keine Vereinsvertretung im Hintergrund, sondern es geht um Einzeleintritte. Und hier macht sich für uns ein Widerspruch auf, wenn man bei den Vereinen, in welche Geld investiert wird, das begrüsst, anders herum dann bei den jugendlichen Oltnerinnen und Oltner, welche die Badi besuchen könnten, ebenfalls für Sport und Gesundheitsvorsorge, ein grosses Fragezeichen damit verbindet. Also, geschätzter Stadtrat, entweder unterstützen wir Sport und Gesundheitsprävention oder nicht. Diese komplett widersprüchliche Argumentationslinie, was hier die Investitionen betrifft, geht für unsere Fraktion nicht auf. Der Stadtrat sollte sich aus unserer Sicht überlegen, ob auf dieser Argumentationslinie zur Dreifachturnhalle dann nicht auch zwangsläufig die Regeln dieses Geschäftes – aber da kommen wir später noch darauf – auch unter dem Aspekt von Sport und Gesundheitsförderung und als Dienstleistung und Service an der Oltner Bevölkerung angeschaut werden sollte. Aufgrund der Ausführung der zuständigen Stadträtin im Vorfeld mit unserer Fraktion, müssen wir der ausgewiesenen Aufwandsbeschreibung Glauben schenken und können zu diesem Geschäft sicher nicht «nein» sagen. Aber für uns nicht aus einer allfälligen Angst oder vor Reaktionen aus Sportvereinen, sondern, weil es aus unserer Optik der Mitte-Fraktion schlicht ein Schildbürgerstreich in einer neuen Dimension wäre, wenn man eine nigelnagelneue Dreifachturnhalle nicht von Anfang an voll auslasten würde, weil das Personal fehlt. Unsere Fraktion wird den Stellenantrag entsprechend unterstützen, den Änderungsantrag entsprechend ablehnen und das Geschäft entsprechend einstimmig positiv bewerten.

Lukas Lütolf, Fraktion GO/JGO: Ich denke eigentlich, ich habe das Glück, dass ich gar nicht mehr viel zum vorliegenden Geschäft sagen müsste, weil bereits alle Argumente für eine Genehmigung und die Aufstockung vom Stadthallenteam gefallen sind. Der Stellenbedarf wurde minutiös ausgearbeitet und transparent ausgewiesen. Die Vorlaufzeit der Hauswartung von sechs Monaten vor Schulbeginn ist weitsichtig geplant. Schliesslich geht es auch schlicht darum, das Gesamtprojekt Schulhaus Kleinholz so zum Funktionieren zu bringen, wie das die Stimmbevölkerung mit grosser Mehrheit verlangt hat. Dass dieser Umstand aber nicht alle so sehen, davon zeugt der Streichungsantrag, der uns heute vor knapp vier Stunden erreicht hat und damit eine reflektierte Auseinandersetzung einfach schlicht verunmöglicht. Trotzdem kurz und bündig unsere Rückmeldung dazu: Das ideologische Mantra – ich kann es nicht anders sagen – der staatlichen Stellenexplosion wird einmal mehr am völlig falschen Ort propagiert. Sauber gekoppelt an den evidenzlosen Vorschlag der generell kostengünstigen Outsourcing-Lösung und verfeinert mit einem ganz tiefen Misstrauen gegenüber dem Stadtrat, aber auch dem Stadthallenteam gegenüber, das ganz sicher nicht tagtäglich – wir haben es zuvor gehört – abendlich Däumchen dreht und sich langweilt. Wir wehren uns gegen solche Taktiken und werden einstimmig gegen den Streichungsantrag und für den stadträtlichen Stellenantrag stimmen.

Sandy Grieder, Fraktion FDP: Dass das neue Schulhaus im Kleinholz einen Abwart braucht, ist für die FDP klar. Und auch die Anstellung auf den 1. Januar 2024 macht für uns durchaus Sinn, damit sich der Abwart mit dem Gebäude frühzeitig vertraut machen kann. Viel mehr zu diskutieren gab, und hier ist die FDP hin und her gerissen, ob es die Stelle eines zusätzlichen Mitarbeiters «Haus-/Platzwart» wirklich braucht. Das jetzige Platzwart-Team umfasst heute 400 Stellenprozente. Das heisst, etwas 160 Stunden in der Woche wird im Kleinholz geputzt, der Rasen gemäht und geschaut, dass die Anlagen in Schuss bleiben. Was genau für neue Aufgaben dazukommen, die 40 Stunden mehr Arbeitsaufwand fordern, ist nicht ganz nach vollziehbar. So sind beispielsweise die Aussenplätze der Halle bereits da und die Wartung der Halle wird ja teilweise auch durch die neue Hauswartstelle abgedeckt. Inwiefern also eine 100%-Stelle **nur** wegen der neuen Dreifachhalle gerechtfertigt ist, ist nicht ganz klar. Was aus dem Antrag nicht klar hervorgeht, wie wir aber auch wissen und wie es auch Marion zuvor gesagt hat, sind die bestehenden Platzwarte heute schon ziemlich ausgelastet und machen

regelmässig Überstunden. Aus dieser Perspektive angeschaut, würde eine zusätzliche Platzwartstelle Sinn machen und zu einer Entlastung des bestehenden Personals führen. Diskutiert wurde auch, ob mit einer besseren Arbeitsorganisation auf diese Stelle verzichtet werden könnte. Beziehungsweise, ob nicht einmal generell überprüft werden sollte, weshalb 160 Stunden nicht reichen. Vielleicht könnte man mit kleinen Prozessanpassungen Stunden einsparen. Um ein Beispiel zu bringen: Wenn man hört, dass diese Platzwarte jeden Abend um 22 Uhr, wenn die Vereine fertig trainiert haben, von zuhause in die Halle fahren müssen um abzuschliessen, macht das einen schon etwas stutzig. Ohne ein riesiges Brainstorming kommt man hier sehr schnell auf die Lösung, dass ein elektrisches Schliesssystem oder auch einfach ein Briefkasten zirka fünf Stunden Arbeitsaufwand wöchentlich einsparen könnte. Das sind nun nicht die Megazahlen, aber vielleicht gibt es noch andere Beispiele, wie Prozesse optimiert werden könnten. Aber gut, für den Moment bringt uns diese Erkenntnis auch nicht weiter. Die FDP wird mehrheitlich den beiden Stellen zustimmen. Wir nehmen uns aber vor, im Rahmen vom Budget 2024 eine Auslegeordnung zur Organisation der Platzwartung im Kleinholz zu fordern.

Seu-Jhing Tang, Fraktion OJ: Wir von Olten jetzt sehen effektiv keine Gründe, die eigentlich gegen die Schaffung dieser beiden Stellen sprechen, weil der Bedarf da ist, was auch sehr fundiert aufgezeigt wurde. Entsprechend bin ich manchmal etwas irritiert darüber, dass eben der Stadtrat fundierte Zahlen geliefert hat. Entsprechend sind ja auch die Berechnungen eines Dienstleistungsunternehmens erstellt worden, was in der Analyse eine zwanzigjährige Erfahrung hat. Noch kurz etwas zu den Stellen. Betreffend Platzwartung: Wir sind hier klar der Meinung, dass es kein «Nice-to-have» ist. Weil, wie schon erwähnt, die bestehenden Sportanlagen durch die Dreifachturnhalle nicht ersetzt werden, sondern diese Dreifachturnhalle kommt «on the top» dazu. Somit ist es eigentlich nur logisch, dass die bereits vorhandene Anzahl Stellen für die Betreuung der aktuellen Sportanlage genügend beschäftigt und auch ausgelastet ist und eben nicht auch noch die Betreuung der neuen Dreifachturnhalle übernehmen kann. Zusammengefasst: Wir sehen, wie gesagt, diese Stellen begründet und auch notwendig. Daher werden wir einstimmig dafür stimmen und den Streichungsantrag einstimmig ablehnen.

Robin Kiefer, Fraktion SVP: Die SVP-Fraktion bedankt sich für den Bericht und Antrag sowie für die weiteren ausführlichen Unterlagen betreffend Ressourcen und Stellenbedarfs-ermittlung. Wir haben die beiden neugeschaffenen Stellen in der Fraktion diskutiert und sind zum Schluss gekommen, dass man die beiden Stellen differenziert betrachtet und bewertet. Grundsätzlich muss vorab gesagt werden, dass das Parlament in letzter Zeit wieder zahlreiche Stellenerhöhungen genehmigt und neue Stellen geschaffen hat. Nach noch nicht einmal der Hälfte der aktuellen Legislaturperiode wurden wieder Stellen geschaffen, welche mehrere Hunderttausend Franken an Lohnkosten kosten und damit das Budget der Stadt Olten zusätzlich belasten. Obwohl die einzelnen Stellen jeweils durchaus berechtigt sein könnten, ist es wichtig, dass man die finanzpolitische Situation der Stadt Olten nicht aus den Augen verliert und weiterhin Stellenerhöhungen mit Bedacht genehmigt. Die erste Stellenschaffung sieht einen Hauswart vor, welcher für das neu gebaute Schulhaus Kleinholz zuständig ist. Die jeweiligen Aufgaben sind im Bericht und Antrag ausführlich dargelegt und erklärt. Es ist logisch, dass eine neue Schulanlage auch einen zuständigen Hausabwart braucht, welcher die diversen Aufgaben wahrnimmt und schlussendlich mit der Schulanlage auch vertraut ist. Nebst dieser neuen Hauswartstelle soll zusätzlich eine Person angestellt werden, die für die neue Dreifachturnhalle zuständig ist. Die neue Stelle soll dann dem vierköpfigen Sportanlagen-Team angegliedert werden. Bei dieser neugeschaffenen Stelle stellen wir uns die Frage, inwiefern es eine neue Vollzeitstelle von 100 Stellenprozenten braucht, um die neue Turnhalle zu bewirtschaften, respektive um den neu ausgewiesene, zusätzliche Ressourcenbedarf abdecken zu können. Gerade auch in Anbetracht, dass es bereits ein vierköpfiges Team gibt und dieses neu aufgestockt werden soll, also von 400 auf 500 Stellenprozent. Wie genau sieht hier die aktuelle Organisation aus? Auch mit den erwähnten Überstunden. Und wie wird diese verändert, wenn die neue Turnhalle zu den bisherigen Anlagen dazukommt? Es ist ebenfalls nicht ersichtlich, was genau mit den bisherigen Ressourcen an alten Standorten – es wurde zuvor genannt – passiert und inwiefern diese am neuen Ort eingesetzt

werden könnten. Sprich, auch im Schulhaus Kleinholz. Diese Fragen werden im aktuellen Bericht und Antrag wenig bzw. gar nicht beantwortet, wären aber aus unserer Sicht sehr wichtig, um die entsprechenden Stellenerhöhungen genauer beurteilen und einordnen zu können. Aus diesem Grund werden wir auch den eingereichten Änderungsantrag unterstützen, welcher verlangt, dass der zweite Beschlusspunkt mit der Platzabwartstelle vorerst gestrichen wird und vorerst nur die Stelle für den Hauswart des Schulhauses Kleinholz genehmigt wird.

Timo Probst, Fraktion SP/JSP: Die Fraktion SP/JSP stimmt dem Vorschlag des Stadtrates zu, diese zwei zusätzlichen Stellen zu schaffen. Begrüsst wird im Weiteren die Auftrennung des Betriebes Dreifachturnhalle des neuen Schulhauses und der Gebäudeanlage des neuen Schulhauses. Noch einige Bemerkungen von unserer Fraktion zu den beiden Stellen: Dass mit dem neuen Schulhaus eine 100%-Stelle geschaffen wird, die für den Unterhalt zuständig ist, macht absolut Sinn und ist eine logische Schlussfolgerung dieses Neubaus. Der Unterhalt einer komplexen Gebäudeeinheit verlangt Wissen in verschiedensten fachlichen Bereichen und ist daher zielführend, jemanden einzustellen, der für alle Aspekte zuständig ist. Dass die Einstellung dieser Person bereits vor der Eröffnung im Sommer 2024 erfolgt, macht ebenfalls Sinn und wird von uns entsprechend unterstützt. Die Fraktion begrüsst weiter die Aufstockung des Platzwart-Teams um 100% und lehnt den entsprechenden Änderungsantrag ab. Für einen selbst designierte Sportstadt stellt der Kontakt zu den Platzwarten für viele Sportvereine – egal, ob sie drinnen oder draussen trainieren – in zahlreichen Fällen das zentrale Element zwischen Sport und Sportplatz dar. Es ist daher wichtig, dass sich alle kennen und man einander vertraut. Gerade beim jetzigen Platzwart-Team herrscht eine hohe Identifikation mit den Aufgaben und dem Sport in Olten vor. Immer wieder macht man als Mitglied eines Sportvereins die Erfahrung, dass auch zu später Stunde, am Wochenende oder zu Randzeiten jemand vom Team vor Ort ist und alle Fragen und Anliegen beantworten kann. Gerade dieser so zentrale Bezug zu den Nutzenden der Sportanlagen können beispielsweise durch ein Outsourcing eines solchen Platzwartbetriebs niemals auch nur annähernd erreicht werden. Die Stellenaufstockung ist daher nicht nur eine notwendige Schlussfolgerung des gewachsenen Hallen-Portfolios, sondern auch ein Zeichen von Respekt gegenüber unserem Platzwart-Team, das täglich Jung und Alt in Olten Sport ermöglicht. Zusätzlich möchte ich noch folgendes anfügen: Wie aus einer Antwort einer Anfrage von Nico Zila aus dem letzten Jahr ersichtlich wird, könnte eine Aufstockung des Platzwart-Teams möglicherweise – **möglicherweise** – auch einen limitierten Betrieb der Hallen zu Ferienzeiten ermöglichen. Ich denke, das würde dem Bedürfnis der Oltnen Sportvereine Rechnung tragen. Mit dem jetzigen Team ist es aber bereits sehr schwierig, die hohe Auslastung der Plätze und Hallen unter der Woche zu gewährleisten, ohne dass die Mitarbeitenden unzählige Überstunden anhäufen. Aus den genannten Gründen werden wir daher den Antrag des Stadtrates unterstützen.

Stadträtin Marion Rauber: Ich möchte gerne zwei Sachen ergänzen. Als erstes zu Christian Ginsigs Ausführungen: Es ist natürlich schwierig, wenn wir euch ein Stellenbegehren mit einer solchen Arbeitsplatzbewertung hinterlegen, welche doch nicht ganz billig ist. Wir reden hier von CHF 10'000 bis CHF 12'000, was das kostet. Und dann stellt man es in Frage, dass die vorgelegten Zahlen vielleicht nicht ganz korrekt sind und nicht stimmen. Ja, dann würden wir uns dies bei einem nächsten Mal vielleicht schenken. Und das Zweite, Christian, es steht dem Parlament natürlich frei, die Gebührenordnung für Vereine jederzeit anzupassen, wenn ihr findet, diese wären zu tief. Ich habe nicht per se gesagt, es ginge nicht. Ich habe gesagt, es sei nicht in meiner Kompetenz dies aufgrund dieses Stellenbegehrens zu regeln. Zum Votum der FDP von Sandy: Diese zusätzlichen Stunden begründen sich natürlich mit diesem Siebentagesbetrieb und eigentlich 14-Stundenbetrieb. Wenn du das nun auf diese 100% runterbrichst, kann das irgendwie gar nicht aufgehen. Du weisst es selber, du bist auch in Sportlerkreisen unterwegs: Am Abend eine Halle abschliessen ist nicht mehr wie früher einfach ein Abschliessen. Sondern dort muss noch ein Rundgang gemacht werden, dort müssen noch gewisse Reinigungsarbeiten vorgenommen werden, denn am nächsten Morgen um spätestens 8 Uhr stehen wieder die ersten auf der Matte und wollen eine saubere Anlage vorfinden. Das ist heute leider nicht mehr selbstverständlich, dass man dies einfach an die Vereine abdelegieren kann. Einfach, dieses Abschliessen, ist nicht gleich abschliessen.

Deny Sonderegger (FDP): Ich melde mich als einer der Änderungsantragsunterzeichner und würde gerne diesbezüglich meine Ausführungen tätigen. Bevor ich das mache, möchte ich zuerst Marion bzw. dem Stadtrat ein Lob aussprechen. Nämlich für diesen sehr guten Bericht. Es wurde effektiv ein sehr profunder, abschliessender Fachbericht erstellt in Zusammenhang mit diesem Neubau. Und man hat die Chance genutzt, dass man quasi ein neues Element, wie es Marion zuvor selber gesagt hat, ins Detail angeschaut und entsprechend die Fachmeinungen dazu abgeholt hat. Der Fachbericht zeigt umfassend auf, was es braucht und ist damit auch eine sehr gute Grundlage. Auch ein Lob möchte ich aussprechen, dass die Schaffung der Stelle «Hauswart» bereits auf den 1. Januar 2024 angedacht ist. Das ist ein guter Entscheid und das ist ein Entscheid, der unbedingt auch so umgesetzt werden sollte. Es ist wichtig, dass Hauswarte und insbesondere Hauswarte im Bereich der Bauenderstellung mit an Bord sind, wenn es um die integralen Tests geht, wenn es um die Abnahmen geht, dass sie die Stärken und Schwächen der Gebäulichkeiten kennen. Und ein drittes Lob möchte ich aussprechen: Scheinbar ist doch die Erkenntnis gekommen, dass Outsourcing-Lösungen durchaus sinnvoll sein können. Ich möchte aber an dieser Stelle, und das musst du mir erlauben, Marion, gleichwohl eine Randnotiz dazugeben. Ich finde es unerhört, dass in diesem Zusammenhang mit dem Beispiel HPSZ Falschaussagen gemacht werden, die möglicherweise zu einem Irrtum führen können. Es ist nämlich nicht die Reinigung, die entsprechend Kosten auslöst. Es ist die technische Komponente. Nämlich, die technische Unterstützung dieses Hallenbades. Die Kantonsräte hier im Saal können das nachvollziehen. Hierzu ist ja auf kantonaler Ebene auch ein Vorstoss erfolgt. Nun, die eigentliche Begründung wurde allen zugestellt. Für das kurzfristige Zustellen möchte ich mich entschuldigen. Wir haben uns damit nämlich effektiv schwergetan. Aus unserer Betrachtungsweise wäre das richtige Vorgehen eine Rückweisung gewesen. Und damit hätte man genau das fordern können. Nämlich, dass man dieses Thema der Schaffung dieser Stelle «Mitarbeiter Haus-/Platzwart» separat noch einmal hätte aufgreifen und nachbessern können. Das hätte jedoch dazu geführt, dass möglicherweise die Stelle des Hauswarts, die man auf den 1. Januar braucht, gefährdet worden wäre. Marion hat zuvor selber ausgeführt, dass es eine lange Vorlaufzeit braucht, gerade in der jetzigen Situation des Fachkräftemangels. Das Risiko wollten wir nicht eingehen und daher ist es nun zu dieser Streichung der Schaffung dieser Stelle gekommen. Nicht in erster Linie mit der Überlegung, dass man diese per se einfach herausstreichen will, sondern viel mehr in der Überlegung, dass man jetzt nachbessern und entsprechend aufzeigen kann, dass es wirklich notwendig ist, diese Stelle per 1. August 2024 zu haben. Und bezüglich Fachbericht, und da muss ich vielleicht auch den Kollegen von den Grünen beim Wort nehmen, der sagt, wir vertrauen hier der Fachperson oder Verwaltung. Wenn man den Fachbericht nämlich liest, gibt es ein Schlusswort mit einer klaren Empfehlung. Ich zitiere: »Es wird empfohlen, dass bei der Garten- und Aussenanlagen der Unterhalt während der zweijährigen Garantiezeit auch in der Ausschreibung einzupflegen ist. So wird einerseits gewährleistet, dass die Ausführung korrekt erledigt werden kann und bei eventuellen Mängeln der Ersteller auch noch auf Platz ist.« Also, es gibt durchaus auch fachliche Argumente, die dafürsprechen, dass man diese Stelle später schafft und dass man diese nicht von Grund auf schafft. Und ich möchte damit heute Abend auch noch einmal dafür eine Lanze brechen, dass man es wirklich zurückstellt. Sodass man sich zu Beginn organisieren kann und entsprechend danach die nötigen Ressourcen, die es dann auch wirklich braucht, falls es sie braucht, auffahren kann. Wenn man weiter schaut, ist es so, dass grundsätzlich bei einer Outsourcing-Lösung – und nun werde ich etwas generalistisch, – wenn man es heute ausschriebe, würde man mit dieser Summe, mit dieser Anzahl Stunden, im öffentlichen Beschaffungswesen in eine öffentliche Submission laufen. Also, heute Abend diskutieren wir hier im Rat nicht über eine Lappalie oder eine kleine Kostenentwicklung. Wir diskutieren über sehr viel Geld, welches über die nächsten Jahre gebunden wird, welches fest ausgegeben wird. Und würde man dies heute als Dienstleistung einkaufen, müsste man das zwingend nach GATT/WTO öffentlich ausschreiben und man müsste das entsprechend mit diesen Unterlagen, welche der Fachbericht auch zusammengetragen hat, sauber in einen Vergleich bringen. Dass man hier quasi nicht nur einfach hinschauen kann, respektive, dass man hier vielleicht auch einfordert, dass man das in einen Kontext stellt, das ist, glaube ich, nachvollziehbar. Marion Rauber hat auf das Votum geantwortet, bei dem es darum ging, dass mögliche Schulhaus-Hauswarte, die dann nachher auch wegfallen, anders eingesetzt werden können. Sie konnte das dann bereits entkräften.

Darüber bin ich froh. Vielen Dank. Die bestehenden Schulhäuser werden bei Umbauten anderer Bauten weiterbetrieben und entsprechend fehlen dann diese Ressourcen. Es wäre aber in diesem Zusammenhang vielleicht eine Variante gewesen, dass man eben eine temporäre oder befristete Arbeitsstelle ausgeschrieben hätte, sodass man es hätte sicherstellen können. Ein letzter Punkt. Ich weiss nicht, wie das Beschaffungswesen oder Rekrutierungswesen bei euch in der Stadt läuft. Aber wenn man nun auch eine Leitungsfunktion anspricht, welche als erstes auf 1. Januar 2024 gestellt werden soll, wäre es möglicherweise auch opportun, dass dann der Chef sozusagen seinen Mitarbeiter selber rekrutieren kann, und zwar dann, wenn er ihn braucht, und wofür er ihn einsetzen will. Und wenn wir das heute so beschliessen, geht das quasi einher. Zusammengefasst: Es gibt durchaus auch fachliche und begründbare Hintergründe, die für unseren Antrag sprechen. Und ich bin gerne noch einmal bereit, diese Diskussion zu erörtern, respektive hier noch breiter in die Diskussion zu gehen.

Nico Zila (FDP): Ich werde heute der Schaffung der neuen Stellen Mitarbeiter/in Haus-/Platzwartung mit Überzeugung zustimmen. Und zwar mit der Begründung, welche der Vorredner Ginsig eigentlich schon erwähnt hat. Wir stellen ein absolutes Bijou auf. Die Stimmbevölkerung von Olten hat dem Schulhaus mit Dreifachturnhalle mit überwältigendem Mehr zugestimmt. Und es wäre völlig verantwortungslos diesen Neubau nicht voll auszulasten und auch zu betreiben. Für mich ist allerdings auch klar, dass die Sportvereine, die von diesen neuen Hallen profitieren können, sicher auch bereit sein werden, sich im Rahmen einer moderaten Gebührenerhöhung an diesen Kosten zu beteiligen. Ich möchte auf einen Punkt eingehen, der heute noch nicht Thema war und dies ist im Rahmen der neuen Stelle des Hauswarts vom Schulhaus Kleinholz. Die Stelle wurde eigentlich reihum von links bis rechts begrüsst bis bejubelt. Ich kann das inhaltlich auch unterstützen. Ich erinnere mich sehr lebhaft, obwohl es lange her ist, an den damaligen Säli-Schulhausabwart zurück. Charly Fehlmann war eine prägende Figur und in einem Schulhaus braucht es eine Identifikationsperson. Für mich ist allerdings auch klar, und davon habe ich vom Stadtrat, in der GPK und auch eigentlich heute noch ein bisschen zu wenig gehört, dass in Zukunft dann einmal der Schulhausstandort Hübeli, eventuell die Zementi, wer weiss, vielleicht auch Kindergartenausstandorte aufgehoben werden und es dann Ehrensache ist, dass man dann auch über eine Reduktion der dortigen Hauswartpensen nachdenkt.

Tobias Oetiker (OJ): Bezüglich Hausabwart Hübeli und Zementi habe ich gehört, – aber vielleicht ist das auch so ein Fragezeichen, das in der GPK herumgeschwirrt ist und bei mir falsch im Ohr steckengeblieben ist – es gäbe gar keinen Hausabwart für das Hübeli und die Zementi. Sondern die Person, die für das Stadthaus zuständig ist, macht das noch so als Zusatzjob. Also, das heisst, es wird sowieso nie jemand wegfallen. Marion... Oder habe ich das falsch verstanden?

Stadträtin Marion Rauber: Ja, das ist so. Wir haben den sogenannten Hübeliverbund. Der Chef dieses Verbundes ist René Grolimund. Ihr kennt ihn bestimmt alle. Er ist für das ganze Stadthaus zuständig plus auch noch für das Hübeli-Schulhaus. Er hat noch etwa 10% Unterstützung von Micaela, die bei uns arbeitet und bald pensioniert wird. Und die Zementi haben wir ihm tatsächlich auch noch aufs Auge gedrückt. Das macht er jetzt auch. Selbstverständlich, wenn wir eine grosse Schulanlage aufgeben und keinen Hauswart mehr brauchen, ist es selbstredend, dass wir dann unsere Stellenpensen anschauen. Also, wir brauchen keine Stelle für einen Schulhausabwart, wenn wir kein Schulhaus haben. Das ist für mich eigentlich selbstverständlich.

Thomas FÜRST (FDP): Dieses Votum macht mich doch spontan extrem stutzig. Wie ist es möglich, dass man ein ganzes Schulhaus und noch die Zementi jemandem noch kurz aufs Auge drückt? Wir sehen ja jetzt, welcher Aufwand hier offenbar entsteht, wenn man so ein Schulhaus unterhalten muss. Und dann kann das jemand im Nebenjob machen? Ich meine, Entschuldigung, da verliere ich jegliches Vertrauen in die Grundlage, die man mir vorlegt, über den Bedarf von Unterhalt.

Stadträtin Marion Rauber: Also, erstens Mal habe ich gesagt, er habe noch Unterstützung durch den Pool, denn ich eigentlich in meinem Votum erwähnt habe. Jemand ist ihm fest zugeteilt und die unterstützen sich gegenseitig. Und das Zementi-Schulhaus ist ja eine temporäre Nutzung, das bleibt ja nicht auf ewig. Und im Moment funktioniert das so.

Thomas Fürst (FDP): Wir müssen jetzt keinen Kleinkrieg anfangen. Überhaupt nicht. Ich war grundsätzlich massiv überrascht von der Art und Weise, wie dieses Stellenbegehren begründet und belegt wurde. Aber trotzdem: Wir reden ja hier nicht von Peanuts. Man kann sich das nicht einfach auch mit etwas Unterstützung untereinander aufteilen. Wir reden jetzt von 200 Stellenprozenten für ein neues Schulhaus und daneben sollen noch einmal ca. 100 Stellenprozent extern eingekauft werden. Das leuchtet mir schlicht und ergreifend nicht ein, wie man das mit ein bisschen Unterstützung zusätzlich noch bewerkstelligen kann. Auch wenn es sich beim Hübeli offensichtlich um ein kleineres Schulhaus handelt.

Stadträtin Marion Rauber: Ich muss nun vielleicht Kurt noch rasch um Hilfe fragen, wie das genau aufgeteilt ist. Oder vielleicht weiss Nils auch noch etwas. Aber es ist auch hier so, dass natürlich diese Stundenlöhner/innen auch in der Zementi unterstützen. Er muss dort nicht selber die Gänge putzen. Er ist einfach für das Technische zuständig. Aber, Kurt, vielleicht kannst du hier noch etwas mehr über die Zementi Auskunft geben.

Kurt Schneider, Leiter Direktion Bau: Es ist natürlich eine ganz andere Grössenordnung, wenn wir die Zementi anschauen. Wir bauen ein Schulhaus mit 16 Abteilungen und einer Dreifachturnhalle. Das ist eine andere Grössenordnung als das Zementi, das tatsächlich temporär und wesentlich kleiner ist und nur ein Bruchteil davon. Wir haben für dort einfach eine Ansprechperson gesucht. Primar decken wir dort die zusätzlichen Stunden mit Reinigungshilfen ab. Und wir brauchten einfach eine Ansprechperson. Es ist jedoch auch eine Liegenschaft, die nicht uns gehört. Wir haben sie gemietet. Für die Grundsubstanz sind wir nicht zuständig. Sollte dort beispielsweise die Heizung kaputtgehen, sind wir dafür nicht zuständig. Von daher braucht es viel weniger Ressourcen, als eine neue Liegenschaft mit dem Volumen und der technischen Ausstattung, wie wir es dann oben im Kleinholz haben werden.

Deny Sonderegger (FDP): Eine Anschlussfrage: Kann man das quantifizieren? Also, wir haben eine klare Stundenvorlage, was der Aufwand in diesem Rahmen ist. Was ist denn der eigentliche Reinigungs- oder technische Aufwand fürs Hübeli und die Zementi? Das wäre die erste Frage. Und die zweite Frage ist: Wir haben heute von Marion gehört, dass sie gesagt hat, dass Outsourcing-Lösungen gerade für befristete oder spezielle Sachen eine Option wären. Weshalb hat man das dort nicht ins Feld geführt? Das wäre die zweite Frage.

Stadträtin Marion Rauber: Das kann ich heute Abend nicht aus dem Ärmel schütteln. Aber wir haben für das Hübeli sicherlich eine Anlagebewertung, welche die Stunden hinterlegt. Wir können diese Zahlen auch von der Zementi liefern. Wir können dir das nachreichen. Weshalb wir es nicht outgesourct haben? Weil eine Inhouse-Lösung auf der Hand gelegen ist.

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Keine weiteren Wortmeldungen? Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wir würden über die erste Stelle abstimmen und dann beim Punkt 2 den Änderungsantrag (Streichung der Stelle «Mitarbeiter/in Haus-/Platzwartung Sportanlagen Kleinholz») gegenüber den stadträtlichen Antrag stellen.

Beschluss

Einstimmig wird Punkt 1 des stadträtlichen Antrags (100%-Stelle «Hauswart/in Schulhaus Kleinholz») zugestimmt.

Beschluss

Mit 27 : 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Änderungsantrag (Streichung von Punkt 2 im Beschlussesantrag) abgelehnt.

Schlussabstimmung:

Mit 30 : 1 Stimmen bei 5 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Der Schaffung der Stelle «Hauswart/in Schulhaus Kleinholz», mit 100 Stellenprozenten, in der Lohnklasse 14, per 1. Januar 2024, wird zugestimmt.
2. Der Schaffung der Stelle «Mitarbeiter/in Haus-/Platzwartung Sportanlagen Kleinholz», mit 100 Stellenprozenten, in der Lohnklasse 6, per 1. August 2024, wird zugestimmt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffern I.1 und I.2 unterstehen dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:
Direktionsleitende betreffende Direktion(en)

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. Mai 2023

Prot.-Nr. 63

Auftrag Gian Baumann und Lukas Lütolf (GO/JGO) betr. Badi-Eintritte für Oltner Schüler/innen/Beantwortung

Am 15. Dezember 2022 haben Gian Baumann und Lukas Lütolf (GO/JGO) folgenden Auftrag zuhanden des Gemeindeparlamentes eingereicht:

«Der Stadtrat wird beauftragt und gebeten, die reglementarischen Voraussetzungen zu schaffen, damit die in Olten wohnhaften Schüler:innen während der obligatorischen Schulzeit kostenlos die Badi benutzen können.

Begründung:

Das «Badikärtli», sprich der freie Eintritt in die Badi für Oltner Schüler: innen, ist den Sparjahren im letzten Jahrzehnt zum Opfer gefallen. Die Wiedereinführung ist eine einfache, bezahlbare Massnahme zugunsten der Oltner Kinder und Jugendlichen, ihnen wird somit der niederschwellige Zugang zu einem wichtigen Sport. Und Freizeitangebot sowie sozialen Treffpunkt ermöglicht. Gerade auch Familien mit einem geringen Einkommen, die nur wenig Geld für Freizeitaktivitäten zur Verfügung haben, werden dadurch finanziell entlastet. Die finanzielle Lage der Stadt Olten hat sich glücklicherweise in den letzten Jahren stabilisiert und macht, trotz zukünftiger Entwicklung mit grossen Investitionsvolumen, diese jährlichen Mehrkosten von ca. 23'500 Franken zugunsten von mehr Lebensqualität und Attraktivität für Jugendliche, Kinder und Familien gut verkraftbar. Rein technisch ist die Umsetzung des freien Badi-Eintritts über die Abgabe in der Schule und personalisierte Abos kein Problem.»

* * *

Stadtrat Benvenuto Savoldelli beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Finanzielle Situation der Badi Olten

Der Deckungsgrad der Badi ist seit Jahren ungenügend. Er betrug in den Jahren 2014 – 2019 durchschnittlich rund 48%. Die Oltner Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mussten durchschnittlich etwas mehr als 0.7 Mio. Franken pro Jahr an den Betrieb beisteuern. Die beiden Jahre 2020 und 2021 können aufgrund der Covid-Pandemie nicht mitberücksichtigt werden. Der Kostendeckungsgrad dürfte in den kommenden Jahren zudem aufgrund vorgesehener Investitionen sowie steigender Energiekosten weiter sinken.

	B23	B22	R21	R20	R19	R18	R17	R16	R15	R14
Aufwand	1'610.9	1'504.2	1'576.8	1'426.9	1'453.8	1'405.5	1'274.9	1'295.7	1'332.2	1'324.3
Ertrag	664.5	664.5	427.7	413.2	675.7	745.0	650.7	628.2	652.9	503.6
Nettokosten	946.4	839.7	1'149.2	1'013.6	778.1	660.5	624.2	667.5	679.3	820.7
Kostendeckung%	41%	44%	27%	29%	46%	53%	51%	48%	49%	38%

Tabelle: Entwicklung der Nettokosten Freibad Funktion 3412

Bewertung der heutigen Preise der Badi für einheimische Jugendliche

Der Abonnementspreis für Oltnen Schülerinnen und Schüler beträgt für eine Saison von 18 Wochen lediglich 30 Franken (2021: 611 Karten / 2022: 780 Karten). Familien mit geringem Einkommen können mittels Caritas-Card eine Vergünstigung von 50% erwirken und zahlen somit 15 Franken (2021: 23 Karten / 2022: 17 Karten). Familien, welche über keine finanziellen Mittel verfügen oder sich in einer ausserordentlich schwierigen finanziellen Situation befinden, können beim Stadtrat ein Erlassgesuch beantragen.

Nimmt eine Schülerin oder ein Schüler das Badi-Angebot 2 x pro Woche wahr, so beträgt der Eintrittspreis für eine Schülerin oder einen Schüler lediglich noch 85 Rappen. Bei Besitzerinnen und Besitzer einer Caritas-Card sind es noch rund 40 Rappen pro Eintritt. Eintritte für Schülerinnen und Schüler sind während des Schulunterrichtes bereits heute gratis.

Die heutigen Budgets von Schülerinnen und Schüler sind heute durch Ausgaben in Elektronik und andere Freizeitaktivitäten geprägt, welche ein Mehrfaches eines Badi-Kärtli betragen. Es ist deshalb auch eine Frage der Ausgabenpriorisierung sowie der Wertschätzung des Angebots der Stadt. Dies insbesondere darum, weil es sich um eine freiwillige Leistung der Stadt handelt.

Vergleich mit anderen Badis

Mit einem Preis von 30 Franken respektive 15 Franken pro Sommersaison für einheimische Schülerinnen und Schüler ist die Stadt Olten in etwa im gleichen Preissegment wie andere kantonale Badis oder jene der Nachbargemeinde Aarburg.

Stadt Grenchen	35 Franken
Stadt Solothurn	30 Franken
Gemeinde Aarburg	30 Franken
Stadt Olten	30 Franken
Gemeinde Gelterkinden*	80 Franken
Stadt Liestal*	90 Franken

*Angebot kombiniert mit Eintritten ins Hallenbad während der Sommersaison

Technische Umsetzung einer Abgabe

Bei der Erstellung einer Eintrittskarte wird durch das Badi-Personal ein digitales Foto erstellt, welches auf die Karte gedruckt und gleichzeitig im Eintrittssystem der Badi hinterlegt wird. Bei einem Badibesuch wird die vorgelegte Karte mit dem im System hinterlegten Angaben verglichen. Dadurch werden z. B. illegale Weitergaben von Badikärtli verhindert. Für die Erstellung des Badikärtlis selbst werden aktuell keine Gebühren erhoben. Eine Abgabe der Badikärtli durch die Schulen ist deshalb – auch aufgrund der technischen Einrichtung – nicht möglich.

Handhabung des Badi-Kärtlis

Mit dem eingesetzten System können Schülerinnen und Schüler, welche während des Badibesuchs Anstandsdefizite aufweisen, im System gesperrt und z. B. für die laufende Badesaison ausgeschlossen werden. Mit dem Ausschluss wird auch der bezahlte Saisonpreis nicht zurückbezahlt. Diese Massnahme hat seit der Wiedereinführung einer jährlichen Gebühr durchaus für eine Verbesserung eines angebrachten Anstands bei Schülerinnen und Schülern während des Aufenthalts in der Badi geführt, da der Verlust der bezahlten Gebühr – auch wenn sie nicht hoch ist – schmerzlich ist. Um den gleichen Effekt zu erzielen, müsste zumindest für alle Schülerinnen und Schüler ein Depot verlangt werden oder für die Erstellung der Karte ein Deckungsbeitrag (z. B. 30 Franken) eingezogen werden.

Festlegung der Gebühren

Die Gebühren für die Badi sind heute in der Gebührenordnung der Stadtverwaltung Olten (SR 711) in § 54 festgelegt. Um eine Anpassung zu erwirken, müsste der Stadtrat eine entsprechende Vorlage zu Händen des Gemeindeparlaments vorlegen, welche dann anschliessend durch das Parlament beschlossen werden muss. Sofern der Auftrag erheblich erklärt wird, wird der Stadtrat eine Vorlage erstellen.

Aufgrund der bereits sehr tiefen Gebühr und der gemachten Erfahrungen beantragt der Stadtrat, den Auftrag nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Gian Baumann, Auftraggeber: Ich kann mich noch gut an die Zeit in der Primarschule erinnern, als wir nach der Schule noch in die Badi gegangen sind. Am Eingang haben wir unser Badikärtli gezückt und haben Nachmittage dort verbracht. Egal, ob wir auf den verschiedensten Rutschbahnen möglichst komisch runtergerutscht sind, aufs 5-Meter hochgegangen und dann trotzdem nicht runtergesprungen sind oder auf der Badiwiese Fussball gespielt haben. Die Badi war für viele Leute ein grosser Teil ihrer Kindheit. Das «legendeäre Badikärtli», wie es Urs Huber genannt hat, hat allen Kindern die gleichen Möglichkeiten gebracht, egal, wie die finanzielle Lage zuhause war oder ob die Eltern den Badibesuch unterstützt haben. Umso bitterer war es dann während den Oltner Sparjahren, als man das Badikärtli von heute auf morgen abgeschafft hat. Rückwirkend bleibt dieser Schritt nicht wirklich verständlich. Ist es doch nur ein relativ verkraftbarer Betrag von CHF 23'000. Es gab andere, deutliche relevantere Hebel. Wir waren ehrlich gesagt von der Antwort des Stadtrates ziemlich überrascht. Einerseits, weil wir gedacht haben, dass dieses Anliegen auf offene Ohren stossen wird. Und andererseits finden wir die Argumente, die entgegengebracht wurden, nicht im Ansatz schlüssig. Aber gehen wir diese vier Argumente, die der Stadtrat entgegenbringt, der Reihe nach durch. Als erstes wurde der schlechte Deckungsgrad der Badi und die tiefen Kosten für ein Saison-Abo als Grund gegen das Badikärtli genannt. Das ist unserer Meinung nach eine etwas verwirrende Argumentation. Es ist klar, dass Kinderabos keinen substantiellen Beitrag zu den Einnahmen der Badi beisteuern. Und darum kann man in Form der Einführung eines Badikärtlis darauf verzichten. Ich meine, wir sprechen immer noch von CHF 23'000. Das sollte es uns doch Wert sein, um die Hürde für das städtische Angebot zu senken. Deswegen wird die Badi nicht ins Schlittern kommen. Das zweite Gegenargument für eine Einführung ist, dass es bereits heute Ausnahmeregelungen für Kinder gibt, die aus finanziell schwierigen Verhältnissen stammen. Und dass Kinder anscheinend ein Vielfaches vom Saisonabo-Preis für elektrische Geräte ausgeben. Wenn man sich das so durchliest, wie man denn auf diese Ermässigungen zugreifen könnte, muss man aber auch ganz ehrlich sein, dass es unnötig kompliziert gemacht wird und gerade bei Erlassgesuchen an den Stadtrat für unnötige, bürokratische Hürden sorgt. Es würde viel mehr Sinn machen, die Rahmenbedingungen für alle gleich zu machen. Der Punkt mit den elektronischen Geräten wirkt für uns doch etwas gesucht und pauschalisierend. Einerseits ist das bei Weitem nicht bei allen Kindern der Fall und andererseits hat man in einer zunehmend digitalisierten Welt auch nicht wirklich eine Wahl. Die Senkung der Hürden für den Badi-Eintritt kann im Gegenteil sogar bewirken, dass die Playstation einmal mehr abgeschaltet bleibt und die Badehose montiert wird. Der dritte Punkt ist die technische Umsetzung. Dadurch, dass wir das Badikärtli schon einmal hatten, wissen wir bereits, wie umsetzen und können die vorhandenen Strukturen von damals nutzen. Das kann schnell und effizient wiedereingeführt werden. Und in der Antwort liest es sich auch eher wie eine Anleitung zur technischen Umsetzung, denn als Gegenargument. Das individualisierte Ausstellen des Badikärtlis soll man selbstverständlich so weiterführen. Um es umzusetzen reicht es, der Badi eine vollständige Liste von Oltner Schüler/innen zukommen zu lassen, damit man sich beim ersten Badi-Eintritt der Saison ausweisen und das personalisierte Abi abholen kann. Der vierte und letzte Punkt hält aus unserer Sicht als sinnvolles Gegenargument gar nicht Stand. Fehlbare Schüler/innen sollen durch das jetzige System besser sanktioniert werden. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie es damals lief: Wenn man schwerwiegenden Blödsinn gemacht hat, bekam man ein Badi-Verbot, was für die betroffenen Schüler/innen sicherlich schmerzhaft war. Daher zweifeln wir

daran, dass die heutzutage nicht zurückbezahlten Saisonabi-Gebühren tatsächlich der schmerzhafteste Verlust sind. Wohl eher, dass man sich dann nicht mehr mit seinen Kolleginnen und Kollegen in der Badi austoben kann. Auch diese Sanktionsmöglichkeit bleibt - wenn es denn sein muss - bei der Wiedereinführung des Badikärtlis bestehen. Als Fazit kann man sagen, dass es unserer Meinung nach eine einfache Möglichkeit ist, den Oltner Familien und Schüler/innen Wertschätzung entgegenzubringen, mit etwas, worin man schon Erfahrung hat. Gerade in der jetzigen Zeit, mit steigender Inflation und unsicherer wirtschaftlicher Lage, ist das eine kleine Geste, um die Kosten des städtischen Angebotes zu reduzieren und gleichzeitig die Lebensqualität und die Standortattraktivität für junge Familien zu steigern. Ich danke euch für die Unterstützung dieses Auftrages.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Ich kann dich beruhigen, Gian, das Badikärtli wird nicht abgeschafft. Es gibt es nach wie vor. Du bezahlst dafür einfach CHF 30. Zur finanziellen Situation der Badi Olten: Das ist nicht das Hauptargument, weshalb wir diese CHF 30 nicht mehr verlangen sollten. Es sollte einfach zeigen, wie der Kostendeckungsgrad in der Badi ist. Und das ist übrigens, Christian Ginsig hat es gesagt, in den anderen Sportanlagen auch eigentlich relativ tief. Da sollte man sich auch mal überlegen, ob man dort nicht mal die Gebühren erhöhen müsste. Eins hast du bewusst weggelassen, und das ist der Vergleich mit anderen Städten. Diese CHF 30 werden in fast allen Städten verlangt. Im Minimum. Und zum Teil sind sie sogar höher und gehen bis CHF 80 bis 90. Ich glaube, wenn man diese CHF 30 weglässt, ist das wirklich keine Entlastung für eine Familie. Also, das ist so ein kleiner Betrag, das können sich 99% leisten. Und wir haben ja gezeigt, dass jene, die beispielsweise eine Caritas-Karte haben (das kannst du relativ einfach nachweisen, unter bestimmten Voraussetzungen bekommst du dieses Kärtli), diese bezahlen nur die Hälfte. Und wenn es wirklich ganz eng sein sollte, was es bis jetzt noch nie gegeben hat, kann man ein Erlassgesuch machen. Es ist – da gebe ich dir recht – kein riesiger Betrag: CHF 23'500. Aber wenn die wegfallen... Einmal hier CHF 23'000, an einem anderen Ort wieder CHF 23'000, dann macht man eine Stelle mehr, und plötzlich hat man viel mehr Aufwand und weniger Ertrag. Und dieses Geld, diese Beträge, die wir ausgeben, damit kann man beispielsweise Investitionen machen. Es ist im Gegenzug wirklich keine Entlastung für diese Familien, wenn sie für etwas CHF 30 zahlen müssen. Und ich gehe auch davon aus, dass wenn man dieses Badikärtli abgäbe, sicher nicht mehr Leute oder Jugendliche in die Badi gingen, nur weil es gratis ist. Meistens geht man ja, wenn man ein Interesse hat, in die Badi, oder wenn Kollegen mitgehen. Und einfach nur, weil man ein Gratiskärtli bekommt, geht man sicher nicht öfter in die Badi.

Florian Eberhard, Fraktion SP/JSP: Herzlichen Dank den beiden Auftraggebenden. Wir schätzen das Aufgreifen dieser Thematik sehr. Das Anliegen ist für unsere Fraktion auch nicht ganz, ganz neu. Eventuell später von Christine noch mehr dazu. Die Badi soll für Schüler/innen gratis sein. Da sind wir mit den Auftragstellenden einer Meinung. Für die Grösse unserer Stadt gibt es sehr, sehr wenige vereinsbefreite Angebote für Jugendliche, wo sie einfach sein können, sich willkommen fühlen und ohne Leistungsdruck ihre Freiheit verbringen können. Wir zeichnen uns als Stadt immer wieder dadurch aus, dass wir bei sozialen Anliegen nur das absolute Minimum versuchen zu leisten. Zum Beispiel ist die Jugendarbeit sehr tief dotiert. Sodass wenige Freizeitaktivitäten für Jugendliche tatsächlich auch angeboten werden können. Mit diesem Auftrag können wir kostengünstig einen wichtigen Sozialisierungsort für Jugendliche schaffen. Es ist beispielsweise ihr Sommertreffpunkt. Und auch wenn man das Gefühl hat, ja, die jetzigen Abo-Kosten sind ja nicht so hoch, ist es doch für einige Familien trotzdem eine Menge Geld und wir schliessen mit dieser Massnahme, wenn wir das nicht umsetzen, vor allem genau jene Jugendlichen aus, welche es sowieso schon schwieriger haben. Für die Fraktion SP/JSP ist das Ziel, dass die Oltner Badi selbsttragend ist, definitiv nicht hoch priorisiert. Die Badi erfüllt zahlreiche Aufgaben, welche den Wert dieses Defizits bei Weitem übersteigen. Das Geld, welches uns durch die Gratiseintritte für Oltner Schüler/innen verloren ginge, ist für unsere Stadtfinanzen definitiv verkraftbar. Vor allem in Anbetracht dessen, dass wir mit dieser Massnahme sehr, sehr günstig einen grossen Beitrag zur Gesundheitsförderung und für mehr Chancengleichheit leisten können. Und wenn wir diese Diskussion schon mal führen, möchte ich noch allgemein auf die Preispolitik der Badi

eingehen. Im Gegensatz zu anderen Badis gibt es bei uns ja auch keine Ermässigung für AHV- und IV-Rentner/innen. Hier gäbe es einige Möglichkeiten, welche die Stadtkasse kaum tangieren würden und für Betroffene einen grossen Einfluss auf ihre soziale Einbindung haben können. Zur Preispolitik der Badi und zum Zweckwert wird von uns aber noch ein Vorstoss in eine etwas andere Richtung folgen. Noch zu den Preisbeispielen, welche Benvenuto gebracht hat: Diese sind eher speziell gewählt, um die Argumentation von euch aufrecht zu erhalten, dass wir nicht teurer sind, als andere Badis. Ich habe gerade, während du das gesagt hast, recherchiert, dass die Nachbarstadt Aarau, welche ja in anderen Fällen als vergleichbares Beispiel durchaus häufig zitiert wird, die kostenlosen Eintritte für Schüler/innen kennt. Also, man könnte die Geschichte durchaus auch ein bisschen anders erzählen. Auf jeden Fall, herzlichen Dank für die Beantwortung. Unsere Fraktion wird einstimmig dafür stimmen.

Manfred Schoger, Fraktion Mitte/EVP/glp: Ich nehme es vorweg: Auch wir sehen es anders, als der Stadtrat und werden diesem Antrag zustimmen. Es ist ja so, wie es Christian Ginsig zuvor gesagt hat: Es geht darum, dass man den Leuten nicht nur innerhalb vom Vereinsleben, sondern auch ausserhalb vom Vereinsleben niederschwellig eine Möglichkeit bietet, dass man die Gesundheit fördert und dass man sich bewegen kann. Viel wurde bereits gesagt, ich möchte eigentlich nur noch auf drei Punkte eingehen. Das eine ist die technische Umsetzung. Wir sehen es auch so, dass man es einfach umsetzen kann. Es geht ja nicht darum, dass man diese Badikärtli der Klassenlehrperson verteilt. Sondern, dass man das effektiv an der Kasse weiterhin so macht und jene Leute, die das Bedürfnis haben, reingehen und sich das ganze dort abholen. Das zweite Problem ist das mit dem Benehmen und den Anstandsregeln. Dort sehen wir das Problem von der Frustration des Personals, dass man handeln können muss, wenn etwas nicht in Ordnung ist. Aber auch dort sind wir der Meinung, dass bei einem Anstandsdefizit das Badikärtli gesperrt werden kann und dies dann für diese Leute eine viel grössere Strafe ist, wenn sie ein Hausverbot bekommen, als wenn sie die CHF 30 vom Badikärtli nicht zurückerhalten. Und schlussendlich unser Standpunkt zur finanziellen Situation: Wir haben es zuvor schon zweimal gehört. Es sind etwa CHF 23'500. Das ist viel weniger als die Kosten des Platzwartes, die wir zuvor bewilligt haben. Und bei einem Aufwand von CHF 1.5 Mio. macht das 1.5% aus, und da haben wir das Gefühl, dies ist verkraftbar. Und wieso darf die Stadt Olten für einmal nicht besser dastehen, als die anderen Städte im Umkreis? Man darf doch für die Oltner Stadtbevölkerung auch mal ein Goodie machen und etwas mitgeben. Sodass man, ich wollte schon fast sagen, stolz sein kann, dass man in Olten gratis in die Badi gehen kann und nichts bezahlen muss.

Simone Sager-Roth, Fraktion FDP: In der FDP-Fraktion hat der Auftrag keine grosse Diskussion gebraucht. Die Beantwortung des Stadtrates hat uns vollends überzeugt. Auch, weil darin festgehalten ist, dass Familien mit geringerem Einkommen diverse Möglichkeiten haben, das Badikärtli günstiger oder gar gratis beziehen zu können. Die Fraktion stimmt dem Stadtrat zu, den Auftrag als nicht erheblich zu erklären.

Seu-Jhing Tang, Fraktion OJ: Wir erachten die kostengünstige Abgabe der Badikarte als ein wichtige und entsprechend kostengünstige Massnahme, um den sozialen Ausgleich zu schaffen und den Zugang zu den öffentlichen Einrichtungen von Olten zu verbessern. Für viele einkommensschwache Familien und auch Menschen mit Caritas-Karte kann selbst ein Eintrittspreis von CHF 15 pro Person ein Hindernis sein. Wenn wir uns für die kostengünstige Abgabe der Badikarte entscheiden, stellen wir sicher, dass alle Kinder aus Olten, unabhängig vom Einkommen der Eltern, die gleiche Möglichkeit haben, um von den Einrichtungen der Stadt zu profitieren. Darüber hinaus kann die kostenlose Abgabe der Badikarte auch die Standortattraktivität von Olten für Familien steigern. Darum werden wir von OJ diesem Antrag zustimmen.

Robin Kiefer, Fraktion SVP: Die Überlegungen hinter diesem Auftrag, ein niederschwelliges Sport- und Freizeitangebot für die Oltner Schülerinnen und Schüler zu errichten, ist durchaus löblich. Jedoch schliessen wir uns als Fraktion der Argumentation des Stadtrates an. Gerade auch mit Blick auf die bereits heute schon sehr tiefen Gebühren, sehen wir da momentan keinen Handlungsbedarf. Diese CHF 30, oder eben die vergünstigten CHF 15, pro Bade-

saison, befinden sich ja in einem sehr bescheidenen, finanziellen Rahmen und sollten für die allermeisten Schülerinnen und Schüler auch erschwinglich sein. Es ist gut und recht, dass auch dieser kleine Beitrag einen Teil zur Funktion und zum Betrieb der Badi Olten beisteuert. In diesem Sinne werden wir diesem Auftrag nicht zustimmen.

Lukas Lütolf (GO/JGO): Was für mich das Hauptargument ist, das wir immer hören: Es ist ja nicht viel Geld. Ja, vielleicht ist die Entlastung gar nicht das absolute Hauptargument, sondern wirklich die Niederschwelligkeit und die Selbständigkeit von Kindern. Und jene, die letzte Woche bei den Gratis-Bratwürsten dabei waren, die wissen: Sobald «gratis» draufsteht, ist es einfach doppelt so interessant.

Heinz Eng (FDP): Ich habe diese Diskussion mit Spannung mitverfolgt. Ich kann dir nachfühlen, Gian, ich bin auch ein Oltner Kind. Die Badikärtli waren jeweils verschiedenfarbig, das war immer ein Highlight. Die «Schlifi-Kärtli» auch. Und so weiter. Diese Argumente vom Stadtrat hast du zu entkräften versucht, respektive, der Stadtrat hat seine Ausführungen gemacht. Es ist schlussendlich ein bisschen ein Abwägen, dass der Stellenwert dieses Badikärtlis effektiv nicht mehr der Gleiche ist, wie zu unserer oder zu meiner Zeit, als man mit dem Badikärtli und zwanzig Rappen in die Badi gegangen ist und zwei Coci-Fröschli und noch zwei Fünfermocken gekauft hat. Das sei aber dahingestellt. Aber das ist nicht der Fokus, worauf ich das Parlament hinweisen möchte. Mir geht es um etwas Anderes und eigentlich um etwas, das entsprechend auf uns zurückkommen wird. Und zwar die finanzielle Situation der Badi. Ich sage immer, man muss den Wald sehen und nicht nur die Gräsli oder die Bäumli, wie jetzt hier das Badikärtli. Ich danke dem Stadtrat für die ehrliche, offene Zeittabelle mit den Nettokosten. Die Nettokosten sind nichts Anderes als Subvention. Und vor allem steht dort: «Der Kostendeckungsgrad dürfte in den kommenden Jahren zudem aufgrund vorgesehener Investitionen sowie steigender Energiekosten weiter sinken.» Das heisst also, wir müssen uns hier schon ein bisschen warm anziehen, dass bei der Badi, deren Kosten der Steuerzahler trägt, die Nettokosten, die Subventionen, grösser werden. Sie werden aber vermutlich nicht nur in diesem Bereich grösser, denn in sechs Monaten werden wir an dieser Stelle wieder entsprechend das Budget anschauen. Es wird wahrscheinlich auch so sein, dass die Leichtathletikanlage, unabhängig von der Rechtsform, je nachdem auch das Stadttheater, das Eisstadion, die Landhockeyplätze usw. teurer werden. Und das müssen wir sehen: Diese Kosten, diesen Wald, muss man sehen und dort frühzeitig versuchen entsprechende Lösungen zu finden. Gouverner, c'est prévoir. Und ich bin sicher, das wird uns einholen. Und ich bin auch sicher, dass es richtig ist, was hier der Stadtrat geschrieben hat. Wir werden hier mit vermehrten Kosten in allen Bereichen, was Sportanlagen, aber auch Kulturstätten, anbelangt, rechnen müssen. Und diesen Brocken müssen wir lösen. Badikärtli hin oder her. Fertig.

Thomas Furst (FDP): Wir haben gehört, dass es für die Stadtfinanzen verkraftbar ist, und dass man unseren Schülerinnen und Schülern ja auch mal ein Goodie geben kann. Nun ist es aber nicht so, dass der Steuerzahler heute die Badigänger nicht quersubventionieren würde. Wenn man die Antwort vom Stadtrat liest, macht man das ja bereits mit über 50%. Und übrigens nicht nur hier unterstützen wir Familien mit Kindern. Oder denken die Anwesenden, dass die Musikschule, ein Skilager, dass all diese Sachen kostendeckend sind? Das ist ja wohl nicht die ernsthafte Meinung. Und das ist auch gut und richtig so. Meines Erachtens ist es absolut korrekt, dass man in einem gesunden Mass Umverteilung betreibt. Das ist nichts Anderes als gerecht. Und im Übrigen auch eine Investition in den sozialen Frieden. Aber darum geht es her nicht. Hier geht es darum, dass dieser Auftrag eine Gratis-Mentalität offenbart und zum Ausdruck bringt. Wir wollen alles und wir wollen alles gratis. Und im Übrigen: Ich bin auch dafür, dass man jenen, die es sich wirklich nicht leisten können, hilft. Aber genau das hat der Stadtrat ausgeführt. Das ist eben heute schon möglich. Und das ist so auch richtig und gut. Aber wir müssen nicht mit der Giesskanne etwas gratis machen, das sowieso nicht kostendeckend ist. Und ich weiss, das mag sehr hartherzig tönen, aber ich bin überzeugt, dass es nicht schlecht ist, wenn man schon im Kindesalter lernt, dass eben nichts wirklich gratis ist.

Claudia Schmid-Weber (SP/JSP): Laut dem Bundesamt für Statistik kommt jede fünfte Person aus einem Haushalt, wo eine Rechnung über CH 2500 nicht einfach bezahlt werden kann.

Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS sagt dies noch deutlicher. Und zwar, dass 103'000 Kinder armutsbetroffen sind. Und es gibt eine riesige Dunkelziffer von Kindern, die armutsbetroffen sind. Man kann schon sagen, ja, für jene, die wirklich nichts haben, gibt es Hilfeeinstrumente. Aber wie viele Menschen trauen sich nicht zu sagen, dass sie nichts haben? Sich in unserer Gesellschaft mitzuteilen, kein Geld zu haben, ist eine riesige Challenge. Ich finde, das muss man sich einfach wieder einmal ein bisschen Bewusst machen. Um noch ein bisschen zu verdeutlichen, was 103'000 armutsbetroffene Kinder heisst: In jeder Schulklasse ist mindestens ein Kind armutsbetroffen und es sind mindestens drei Kinder armutsgefährdet. Und ja, wenn man diese Zahl anschaut, sieht man, dass diese CHF 30 nicht Nichts sind. Hast du zwei Kinder, sind es CHF 60. Das ist eine Menge Geld für ganz viele Familien. Und das muss man unbedingt mitbedenken. Ich finde, es ist Peanuts, im Vergleich zu allem anderen, was wir in dieser Stadt ausgeben. Ich finde, wir müssen uns unbedingt vermehrt für die Chancengleichheit einsetzen, dass jedes Kind und jeder Jugendliche gratis in die Badi gehen kann. Denn wir als Stadt müssen uns für diese Chancengleichheit einsetzen. Wir haben eine Verantwortung. Und was gibt es besseres, als in eine sinnvolle und bewegungsfreudige Freizeitgestaltung zu investieren, als das?

Vivek Sharma (OJ): Danke, Claudia, für dein Votum. Ich bin der Meinung, das bringt es auf den Punkt. Es gibt sehr viele Menschen, die zu wenig haben und sich definitiv nicht trauen, dies zuzugeben. Scham ist ein sehr grosser Faktor. Aber es geht nicht nur darum. Ich verstehe diese Argumentation nicht. Die Einheit der Materie. Der Stadtrat argumentiert nicht mit finanziellen Einbussen, sondern einfach nur mit «Anstandsdefizit». Nun, ganz ehrlich, Thomas, ihr habt als Kinder wahrscheinlich alle ein Gratis-Badikärtli bekommen. Und ich glaube nicht, dass dies bei euch ein Problem mit Anstand verursacht hat. Respektive, es war wahrscheinlich schon damals kein Problem. Oder sollte es ein Problem gewesen sein, dann hat das nicht damit zu tun, ob das Badikärtli gratis war oder nicht. Thomas, oder sonst jemand von euch, hat gesagt, es sind auch Kosten, welche irgendwie gedeckt werden müssen. Aber ich meine, das ist überhaupt nicht die Argumentation vom Stadtrat. Wir reden von Peanuts. Es ist so: Bis vor zehn Jahren war es gratis und die Stadt hat es problemlos verkraftet. Ich glaube, heutzutage könnte es die Stadt auch. Und soweit ich weiss – ich bin nicht zu 100% sicher, weil ich kein Eishockey-Fan bin – ist die Schlittschuhanlage für die Kinder immer noch gratis. Und das sind auch Kosten. Was kommt als nächstes? CHF 30 für den Eintritt dort? Warum nicht, wenn man konsequent ist? Ich hoffe sehr, dass auf dem YouTube-Kanal gerade keine Kinder oder Jugendliche dieser Session folgen. Denn, was für ein mickriges Signal schicken wir als Parlament an die zukünftige Generation, wenn wir sagen: Ja, wir hatten das gratis, aber für euch gibt es das nicht. Danke.

Marc Winistörfer (SVP): Ich glaube, wir sollten die Diskussion wieder zurückholen. Weder, dass die Armutsbetroffenheit in der Schweiz durch diese CHF 15, bei zwei Kindern sind es, nein, nicht CHF 60, mit der Caritas-Karte sind es 30 CHF. Weder kann man mit dieser Massnahme die Armut in unserer Stadt gross bekämpfen... Ich meine, ich glaube, auch finanzpolitisch halten wir das aus. Das Gegenargument, muss ich sagen, ist wahrscheinlich auch eher auf schwachen Beinen. Aber ich finde das, was Thomas Fürst zuvor gesagt hat, richtig und auch wichtig ist. Es geht auch ein bisschen darum, dass man den Leuten aufzeigt, – auch wenn die Auftraggeber dies vielleicht nicht glauben oder es möglicherweise nicht in euer Weltbild passt – dass nur weil es gratis ist, es nicht keine Kosten erzeugt. Diese Kosten muss jemand tragen. Und das ist die Allgemeinheit. Zu einem grossen Teil bereits jetzt schon mit 59%, wenn man den Kostendeckungsgrad anschaut. Ich glaube, es ist nicht schlecht, wenn man Jugendlichen (Kinder bzw. Kleinkinder gehen unbegleitet wohl eher nicht alleine in die Badi. Das sollte auch im Sinne der Erziehungsberechtigten sein.) zeigt, jeder leistet etwas. Wer weniger leisten kann, der hat in der Regel ein Caritas-Kärtli, der wird sogar noch unterstützt und bezahlt CHF 15 anstatt CHF 30. Und ich glaube, auch das ist vertretbar. Und am Schluss, man hat es auch in den letzten Voten wiedergesehen: Es geht viel um Symbolpolitik. Gewisse müssen wahrscheinlich die Wähler damit befriedigen. Das ist in Ordnung. Aber es gibt wahrscheinlich wichtigere Themen als das.

Martin Räber (GO/JGO): Kurz zu dieser Gratis-Mentalität: Wenn man das CO₂ anschaut, dann scheint ihr die Gratis-Mentalität hervorragend zu finden. Ihr wollt ja keine Abgaben auf CO₂. Vielleicht kann man das mal in diesem Kontext sehen.

Christine von Arx (SP/JSP): Ich erlaube mir, wie beim letzten Mal, als wir über den Klosterplatz gesprochen haben, auch noch eine andere Seite zur Diskussion zu bringen. Ich bin bereits seit zehn Jahren in diesem Parlament und es ist innerhalb von neun Jahren das vierte Mal, dass wir über dieses Gratis-Badikärtli diskutieren. Und ich muss sagen, ich bin froh, es besteht noch Hoffnung fürs Abendland, denn bei euch, liebe Kollegen vis-à-vis, hat ein Meinungsumschwung stattgefunden. Und das finden wir sehr gut. Dieses Gratis-Badikärtli ist 2014 bei der Sanierung der Finanzen, also bei den Sparbemühungen, abgeschafft worden. Wir von der SP haben uns dann sofort dagegen gewehrt und es wurde am 30. Januar 2014 in diesem Rat darüber diskutiert. Unter anderem sind Worte gefallen wie: «Aber dass auch von schulpflichtigen Schülern etwas bezahlt wird, ist von meiner Seite eigentlich zu bejahen.» CVP. Wenn man dann schaut, wie abgestimmt wurde, sieht man am Stimmresultat 33 : 12, nämlich, dass ausser wir selber, unser Anliegen vermutlich niemand unterstützt hat. Im Dezember 2014 wurde über eine Volksmotion der SP befunden, die ebenfalls eine massvolle Erhöhung der Badi-Preise gefordert hat. Hierzu gehörte auch die Wiedereinführung des Gratis-Badikärtlis. Die CVP hat sich auch dort dagegen ausgesprochen. Und die Fraktion der Grünen hat zum Gratis-Badikärtli gesagt: «Wir sind nicht einmal dafür, dass es gratis sein muss. Aber man könnte dies auf einen symbolischen Betrag heruntersetzen.» Auch dort das Stimmverhältnis 34 : 12. Vermutlich war es wieder unsere Fraktion, die geschlossen dafür war. 2018 gab es ein Postulat der SP/JSP. Wieder für angemessene Preise für Badi und Hallenbad. Die CVP wieder zum Gratis-Badikärtli für Schüler/innen: «Ein Sommerabo kostet CHF 30, ein Winterabo (gemeint ist ein Jahresabo) CHF 50. Da kann man wirklich sagen, das ist erschwinglich und möglich.» Nicht dazu geäußert haben sich Olten jetzt! und die Grünen. Das Stimmverhältnis war 24 : 12, was wieder unserer Fraktion entspricht. Ich bin froh, dass ihr eure Meinung geändert habt und uns bei unserem langjährigen Anliegen unterstützt. Man darf immer gescheiter werden. Und es ist gut, dass die Grünen dieses Thema wieder aufs Tapet gebracht haben. Bei uns ist es scheinbar irgendwie vergessen gegangen, nachdem wir dreimal unterlegen waren. Selbstverständlich unterstützen wir dieses Anliegen und hoffen dieses Mal zuversichtlich auf eine Mehrheit.

Simone Sager-Roth (FDP): Ich möchte einen Ordnungsantrag stellen: Stimmen wir ab. Denn die Meinungen sind schon seit mindestens 20 Minuten gemacht.

Beschluss

Mit einer notwendigen Zweidrittelmehrheit von 31 Stimmen wird dem Ordnungsantrag zugestimmt.

Beschluss

Mit 23 : 12 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Auftrag erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktionsleitende entsprechende Direktion(en)

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Merci vielmals für eure tatkräftige Mitarbeit am heutigen Abend. Wir werden uns im Juni wiedersehen. Dann zur Rechnung der Stadt Olten. Vielen Dank. Und geht doch in die Badi. Am Wochenende ist schönes Wetter.

- - - -

Parlamentspräsidentin: Laura Schöni

Stadtschreiber: Markus Dietler

Schriftliches Protokoll: Andrea Baumann

Verantwortliche Protokollführerin: Andrea von Känel Briner

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.